

JETZT ERST ← RECHT

Wohnen, bauen, träumen

Seite 04

Der Traum von Chancengleichheit

Seite 08

Juso-Erfolgsgeschichten

Seite 10

**Feministische Bewegungen in
Afghanistan & Iran**

Seite 18

Male Loneliness Epidemic?

Seite 20

Goodbye Ehegattensplitting?

Seite 22

Nr.

34

Dezember 2025



LIEBE NRW JUSOS,

das Jahr neigt sich dem Ende zu, Zeit die letzten zwölf Monate Revue passieren zu lassen. Erst ein eisiger Bundestagswahlkampf, dann der Kampf gegen den Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot, im Sommer der Kommunalwahlkampf in NRW und aktuell die großen Debatten um Bürgergeld, Wehrpflicht und Rente.

Wer dieser Tage über all das nachdenkt, ist vielleicht schnell dazu verleitet, eher pessimistisch in die Zukunft zu blicken. Schlechte Nachrichten, schlechte politische Entscheidungen unserer Mutterpartei auf Bundesebene und ein Kanzler, der immer wieder mit rassistischen Äußerungen auffällt. Nebenbei gründet sich die Jugendorganisation einer gesichert rechtsextremen Partei neu und wählt mal eben einen Faschisten zu ihrem Vorsitzenden. Da kann man wirklich nur den Kopf schütteln und sich fragen: Was zur Hölle ist eigentlich los mit der Welt?

So verständlich diese Hoffnungslosigkeit auch sein mag, wir müssen uns in Angesicht der Krisen unserer Zeit immer wieder eines vor Augen führen: Es ist ein Privileg, Widerstand leisten zu können. So viele Menschen in unserer Gesellschaft haben nicht die Ressourcen für sich und andere einzustehen. Wenn wir also als Verband auf diese Welt blicken, muss unsere Antwort auf all das Schlimme immer sein: Jetzt erst recht!

Denn das Gute wird vielleicht gerade aktuell immer wieder übersehen. Ich selbst kann es aber vor allem immer dann spüren, wenn ich mit diesem wunderbaren Verband gemeinsam kämpfen darf. Ob das Organisieren von Teilhabe bei unseren Veranstaltungen, die große Debatte mit der Partei um Gesetze oder auch der Erfolg so vieler Jusos, die im Herbst in die Kommunalparlamente eingezogen sind. Ich bin sicher: Wenn jemand etwas an der Welt, wie sie aktuell ist und wie sie nicht bleiben darf, ändern kann, dann sind wir es. Also gehen wir es an: Jetzt erst recht!

Solidarische Grüße

Nina Gredike



WOHNEN, BAUEN, TRÄUMEN

PERSPEKTIVEN JUNGSOZIALISTISCHER WOHNUNGSPOLITIK

Jonas Kamrath (24) will faire Mieten nicht nur im Lipperland, sondern auch am Rhein.

Lea Bongers (25) sorgt auch im lokalen Bauausschuss für eine jungsozialistische Politik!



Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum gehörte in den letzten Jahren zum Kern gelungener linker Kampagnen. Sei es bei der KPD in Österreich, der Linken in Deutschland oder zuletzt im Bürgermeisterwahlkampf um New York. Politstrategisch gehört das Thema zu einem der wenigen, bei dem linke Erklärungs- und Lösungsansätze unmittelbar

im gesellschaftlichen Mainstream anschlussfähig sind. Die Behauptung des viel beschriebenen Marktversagens scheint allen einleuchtend, die schon einmal eine bezahlbare Wohnung in einer Großstadt gesucht haben. Genauso können diejenigen, die länger zur Miete wohnen, die Personifizierung dieses Versagens in Form raffgieriger Vermieter*innen, oft große Wohnungskonzerne, nachvollziehen.

Logisch also, dass auch die Jusos sich bei der letzten Bundestagswahl dafür entschieden haben, mit der sogenannten „WG-Garantie“ auf ein wohnungspolitisches Thema zu setzen. Nach diesem Konzept sollen Studierende und Auszubildende einen bestimmten Maximalbetrag Miete für ihr WG-Zimmer zahlen müssen. Sollte für das Zimmer trotz Mietendeckel eine höhere Miete anfallen, würde der ausstehende Betrag vom Staat übernommen werden. Dieser Vorschlag ist beispielhaft für eine ganze Reihe sozialdemokratischer und linker Lösungsansätze für die sogenannte Wohnungskrise. Gemeinsam haben sie vor allem eins: Sie setzen am Ende des Prozesses zur Schaffung von Wohnraum an und versuchen, bezahlbaren Wohnraum durch Preisregulierung zu schaffen. Gegen jeden dieser Vorschläge liegt die Gegenargumentation der Wirtschaft auf der Hand: Mietendeckel und Co. bauen keine neuen Wohnungen. Jede mietspezifische Maßnahme mache es unattraktiver, in den Wohnungsmarkt zu investieren, und verschärfe das Problem, anstatt es zu lösen. Wir können dieser Kritik nicht zustimmen. Aber wir brauchen mehr Antworten, die über die Mietpolitik hinausgehen. Wir brauchen ein besseres Verständnis der Probleme auf dem Wohnungsmarkt. Dieser Beitrag soll dabei argumentativ helfen, politisch alternative Konzepte zu entwickeln und neue Ideen zu finden.

WO GENAU WÜTET DIE WOHNUNGSKRISE?

Das Thema betrifft vor allem Großstädte und Ballungsräume. In vielen Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohner*innen ist die Bevölkerungsdichte bereits gesunken. Besonders stark zeigt sich dieser Rückgang in Köln. Das bedeutet, dass zunehmend Menschen aus den dicht besiedelten Innenstadtbereichen in umliegende Stadtteile oder ins Umland ziehen. Dort sind die Mieten oft günstiger, es ist mehr Wohnraum verfügbar und insgesamt wird mehr Wohnfläche pro Kopf nachgefragt. Aber es betrifft eben nicht nur Großstädte.

Der anhaltende Mangel an bezahlbarem Wohnraum sorgt inzwischen auch in mittelgroßen Städten dafür, dass immer mehr Menschen umziehen müssen. Gleichzeitig zeigt sich ein klarer Trend: Einzelhaushalte beanspruchen immer mehr Wohnfläche. Das verschärft die Situation zusätzlich, weil dadurch weniger passende Wohnungen für Familien, Wohngemeinschaften oder neu hinzuziehende Einzelpersonen zur Verfügung stehen. Ein Grund dafür ist, dass viele Menschen mit älteren, günstigen Mietverträgen in ihren bisherigen – jetzt oft zu großen – Wohnungen oder Häusern bleiben, wenn etwa die Kinder ausziehen. Ein Umzug würde meist deutlich teurer werden und lohnt sich finanziell kaum.

Auf der anderen Seite steigt die Bevölkerungsdichte in einigen mittelgroßen Städten – etwa in Solingen. Dort kommt es stellenweise zu sprunghaften Mietanstiegen. Diese

Preissteigerungen eignen sich besonders für den Einsatz mietspezifischer Instrumente, da sie häufig nicht auf einen tatsächlichen Wohnungsmangel zurückgehen, sondern darauf, dass das bestehende Wohnangebot von mehr Menschen nachgefragt und besser angenommen wird.

Auf dem Land ist die Situation insgesamt etwas entspannter: Es gibt weniger Menschen, die eine bezahlbare Wohnung suchen, die Mieten steigen langsamer und die Mietquote ist deutlich geringer. Viele wohnen in den eigenen vier Wänden. Doch auch hier ist passender Wohnraum nicht garantiert: Wohnungen werden oft über persönliche Kontakte vergeben, und gerade kleine Wohnungen sind auf dem Land selten zu finden.

WEN TRIFFT DIE WOHNUNGSKRISE?

Ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum trifft vor allem diejenigen, die auf günstige Mietwohnungen angewiesen sind. Je höher das Einkommen, desto größer ist die Chance, in den eigenen vier Wänden zu wohnen. Wer weniger verdient, ist dagegen meist auf den Mietmarkt angewiesen. Dafür muss oft ein großer Teil des Einkommens aufgebracht werden. Besonders alarmierend: Jede*r dritte einkommenarme Mensch in Deutschland lebt mit einer existenziell bedrohenden Mietbelastung. Das bedeutet, dass nach Abzug der Miete kaum noch Geld für alltägliche Ausgaben bleibt. Wohnen ist eine neue soziale Frage.

In Haushalten mit höherem Einkommen liegt dieser Anteil deutlich niedriger: Nur 7,3 Prozent der Menschen müssen dort mehr als 40 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Miete aufbringen. Was zunächst nicht so schlimm klingt, ist eigentlich auch hier ein Grund zur Sorge. Denn die Zahl hat sich in nur zwei Jahren verdoppelt.

Viele können sich das Wohnen nicht mehr leisten. Die Wohnungskrise trifft zudem diejenigen besonders stark, die als Alleinverdiener*innen eine Wohnung unterhalten müssen. Dies gilt insbesondere für alleinerziehende Personen, aber auch beispielsweise für Rentner*innen. Hinzu kommt eine weitere Ungerechtigkeit: Der Wohnungsmarkt ist auch rassistisch. Menschen mit Migrationsgeschichte haben es in angespannten Märkten deutlich schwerer, überhaupt eine Wohnung zu finden. Von einem fairen Preis ganz zu schweigen. Noch gravierender ist die Lage für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

WAS TUN GEGEN DIE WOHNUNGSKRISE?

Dass Wohnen in Deutschland so teuer ist, liegt nicht nur an der Knappheit von Wohnungen, sondern auch an einer Politik, die zu lange auf Marktmechanismen vertraut hat. Effektive Mietregulierung bleibt die Ausnahme: Die

Umgehung der Mietpreisbremse ist vielerorts Alltag, und Mietsteigerungen werden kaum kontrolliert. Hier braucht es endlich Durchsetzungskraft und den Mut, Spekulationsgewinne abzuschöpfen, wenn sie auf Kosten der Allgemeinheit entstehen.

Doch klar ist auch: Ein Problem bleibt der Mangel an Wohnungen. Neue Wohnungen zu bauen ist wichtig. Der sogenannte „Bauturbo“ verspricht schnellere Verfahren, doch er macht das Bauen nicht automatisch günstiger. Wenn Grundstückspreise, Materialkosten und Zinsen steigen, hilft Geschwindigkeit allein wenig. Genossenschaften können hier eine entscheidende Rolle spielen. Sie wirtschaften nicht gewinnorientiert, sondern im Interesse ihrer Mitglieder und sichern so langfristig stabile Mieten. Doch dafür brauchen sie bessere Förderbedingungen: günstige Kredite, einfachere Grundstückszugänge und Vorrang bei kommunaler Bodenvergabe. Auch die öffentliche Hand ist gefragt: Kommunen sollten eigene Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften gründen oder stärken, um wieder selbst gestalten zu können, statt nur zu verwalten und zuzuschauen. Gleichzeitig braucht es neue Wohnkonzepte. Gemeinschaftliches Wohnen – ob als Co-Housing-Projekt, Mehrgenerationenhaus oder geteilte Wohnformen – kann Ressourcen sparen, Einsamkeit vorbeugen und Flächen effizienter nutzen. Ebenso wichtig sind flexible Grundrisse, die sich an unterschiedliche Lebensphasen anpassen lassen, statt starr auf eine Familie zugeschnitten zu sein.

Bauen allein löst die Krise aber auch nicht. Wir müssen uns auch wieder mehr die Frage stellen, wie Wohnraum eigentlich verteilt ist. Der durchschnittliche Wohnflächenbedarf pro Person steigt nicht nur aufgrund des demographischen Wandels. Dieser Trend begründet sich auch in neoliberalen und individualistischen Denkmustern. Ihm entgegenzutreten, ohne die wünschenswerte Entfaltungsfreiheit des Einzelnen auf dem Wohnungsmarkt einzuschränken, gehört zu den schwierigsten Aufgaben linker Wohn- und Baupolitik. Ein erster Schritt muss jedenfalls sein, die Wahrheit anzuerkennen, dass auch in der sozialistischen Utopie nicht alle, die wollen, in der 60 Quadratmeter Single-Wohnung in Köln wohnen können.

Und deswegen müssen wir uns als Jusos fragen: Wie wollen wir künftig wohnen? Wie viel Raum braucht gutes Leben wirklich? Wem gehört die Stadt? Wir sollten diese Debatte wieder lauter führen. Denn nur mit neuen Ideen, Mut zur Umverteilung und einer starken öffentlichen Verantwortung kann Wohnen wieder bezahlbar werden – für alle.



WIR SAGEN: #GERNGESCHEHEN!

EIN GASTBEITRAG DES LANDESJUGENDRINGS NRW

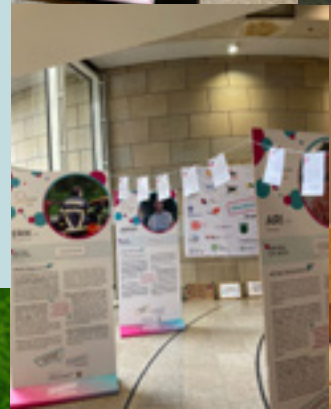
#GernGeschehen – Ihre Jugendverbände: Mit seiner gleichnamigen Jugendverbandskampagne macht der Landesjugendring NRW in Zusammenarbeit mit der Muslimischen Jugend in Deutschland und der Êzîdîschen Jugend Deutschland und dem Muslimischen Jugendwerk das ehrenamtliche Engagement von Jugendverbänden und dessen Bedeutung für viele Gesellschaftsbereiche sichtbar, bei Social Media und in einer Ausstellung im Landtag NRW.

DER LANDESJUGENDRING NRW

24 Jugendverbände, ein Mitglied mit Sonderstatus und ein Anschlussverband sind hier zusammengeschlossen. Er vertritt die Interessen junger Menschen und seiner Mitgliedsverbände, bündelt ihre Stimmen und setzt sich seit 1948 für gute Rahmenbedingungen für alle jungen Menschen in NRW ein.

Jugendverbände sind Orte, an denen Demokratie, Teilhabe und Gemeinschaft täglich gelebt werden. Sie bewegen jedes Jahr Millionen junge Menschen in NRW – in Ferienfreizeiten, Gruppenstunden und Bildungsangeboten, die von jungen Menschen für junge Menschen organisiert werden.

Hier erleben junge Menschen Selbstwirksamkeit, sie lernen Verantwortung zu übernehmen, planen, scheitern, wachsen – und halten unsere Gesellschaft lebendig. Sie schaffen Freiräume: selbstorganisiert, ehrenamtlich, vielfältig.



#GERNGESCHEHEN...FÜR FREIZEITGE-STALTUNG

Jugendverbände schaffen Freiräume, in denen junge Menschen ohne Leistungsdruck ihre Interessen entdecken, Erfahrungen sammeln, eigene Meinungen entwickeln und sich engagieren können. Ob Zeltlager, Gruppenstunden, Seminare oder Gedenkstättenfahrten – sie bieten vielfältige, inklusive und demokratische Angebote. Mit der Jugendleiter_innen-Card (Juleica) qualifizieren sich Ehrenamtliche für ihre Aufgaben und gestalten ihre Freizeit aktiv gemeinsam mit anderen. Das ist gelebtes Engagement – freiwillig, verbindlich und mit Haltung.

„Ehrenamt ist eines der besten Sachen, die einem passieren kann. Man setzt sich für Andere ein, ohne primär dafür bezahlt zu werden [...], aber man sieht auch oft, dass man was Gutes macht und die Welt damit ein kleines Stück besser macht. Man lernt unglaublich viel.“

Zitat von C.N., 19 Jahre alt, aus der Ehrenamtsbefragung des Landesjugendrings

#GERNGESCHEHEN...FÜR BILDUNG

In Jugendverbänden erfahren junge Menschen unmittelbar, dass ihre Entscheidungen Wirkung haben – ob bei der Planung von Freizeiten, beim Leiten von Gruppen oder bei Projekten. Durch praktisches Tun entwickeln sie nicht nur Wissen, sondern vor allem Selbstbewusstsein, Selbstbestimmung und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Diese non-formalen und informellen Lernprozesse sind besonders wirkungsvoll, gerade weil viele Jugendliche sich in Politik und Gesellschaft oft nicht ernst genommen fühlen. Jugendverbände stärken sie als Expert_innen ihrer eigenen Lebenswelt und motivieren sie, ihre Zukunft mitzugestalten.

Als zentrale Akteure politischer und transformativer Bildung – etwa der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) – zeigen Jugendverbände täglich, wie wertvoll ganzheitliche Bildung außerhalb schulischer Strukturen ist und welche Chancen in der Umsetzung von BNE liegen.

Jugendverbände leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zum Schutz der Demokratie durch ihre praktische, demokratische, jugendgerechte und transformative Bildungsarbeit.

#GERNGESCHEHEN...FÜR TEILHABE UND PERSPEKTIVENVIelfALT

Jugendverbände bieten Freiräume, in denen junge Menschen unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder sozialer Lage teilhaben und sich entfalten können. Viele erleben im Alltag Benachteiligung – durch Armut, Behinderung oder verschiedene Formen von Diskriminierung. Jugendverbände setzen dem etwas entgegen: Sie schaffen Orte des Zugehörtens, der Verantwortung und der Mitgestaltung.

Junge Menschen prägen ihre Verbände aktiv mit und verändern sie durch ihre Erfahrungen. Die Verbände arbeiten an diskriminierungssensiblen und empowernden Verbandskulturen und setzen sich mit strukturellen Ausschlüssen auseinander.

Gemeinsam mit marginalisierten und (post-)migrantischen Jugendverbänden engagiert sich der Landesjugendring NRW für mehr Chancengerechtigkeit, diskriminierungsfreie Zugänge, sichtbare Perspektiven junger Menschen und Strukturen, in denen alle mitgestalten können.

#GERNGESCHEHEN...FÜR GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT

Vom Schützenfest bis zur Benefizaktion: Jugendverbände prägen das soziale und kulturelle Leben vor Ort in Städten, Gemeinden und Dörfern. Durch ihr Engagement schaffen junge Ehrenamtliche Begegnung, Verbundenheit und echtes Miteinander – und damit im Kleinen den Zusammenhalt, den unsere Gesellschaft im Großen braucht.

Die Vielfalt der Jugendverbände spiegelt die Interessen junger Menschen wider – sozial, politisch, ökologisch, sportlich, musikalisch, helfend, rettend, gewerkschaftlich oder konfessionell. Mit ihren unterschiedlichen Methoden und Kulturformen bereichern sie das gesellschaftliche Leben nachhaltig.

#GERNGESCHEHEN...FÜR DEMOKRATIE

Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie. Dort lernen junge Menschen Verantwortung zu übernehmen und die Gesellschaft mitzugestalten – von Ferienlagern bis zu Vorstandsaufgaben. Sie erleben alltäglich, was demokratisches Miteinander in der Praxis bedeutet. Laut der Demokratiebefragung des Landesjugendrings NRW (2021) vertreten engagierte Jugendliche dabei deutlich seltener populistische Positionen als der Durchschnitt.

UNTERSTÜTZUNG WIRKT!

Jugendverbandsarbeit fördert viele gesellschaftliche Bereiche, steht aber vor Herausforderungen. Mitgliedsverbände des Landesjugendrings NRW erhalten durch den Kinder- und Jugendförderplan eine langfristige Strukturförderung, Verbände, die die Aufnahmevoraussetzungen nicht erfüllen sind auf Projektmittel angewiesen. Politik muss die Finanzierung der Jugendverbandsarbeit verlässlich sichern und allen jungen Menschen, auch aus marginalisierten Gruppen, Zugang ermöglichen. So können Jugendverbände weiterhin Freiräume für Bildung, Teilhabe und Engagement schaffen und die demokratische Verantwortung junger Menschen stärken – denn wo junge Menschen Verantwortung übernehmen, wächst Demokratie.



ES WAR DER TRAUM VON CHANCEN-GLEICHHEIT

Zwei Jahre lang hat die Enquetekommission (EK) „Chancengleichheit“ im NRW-Landtag getagt. Am Ende: 325 Seiten, 248 Handlungsempfehlungen und das Versprechen, dass endlich kein Kind mehr zurückgelassen wird (Grüße gehen raus an Hannelore). Klingt super – aber was steckt wirklich drin?



HIER FINDET IHR AUSSERDEM DEN
ABSCHLUSSBERICHT DER
ENQUETEKOMMISSION IN VOLLER LÄNGE:

Eine Enquetekommission (EK) ist ein Ausschuss des Landtags. Abgeordnete aller Fraktionen (außer der AfD natürlich) und externe Fachleute arbeiten zusammen, um sich mit einem konkreten Thema auseinanderzusetzen. Durch die Zusammenarbeit soll am Ende ein Bericht mit Handlungsempfehlungen stehen, der der Politik als Grundlage für Entscheidungen dienen soll und dabei eine breite politische Unterstützung findet. So weit, so theoretisch.



KITA IST KEIN NICE-TO-HAVE

Chancengleichheit beginnt in der Kita. Das wissen wir. Das wissen alle, die dieses Magazin lesen. Nun hat das auch die Enquetekommission im Landtag erkannt. Mit dem Ausbau der frühkindlichen Bildung sollen nun die Kinder von Beginn an in den Fokus gerückt werden. Dabei sollen Kitas mehr sein als Betreuungsorte: Kinder brauchen Förderung, sichere Räume, ausreichende Fachkräfte, therapeutische Angebote und die Unterstützung ihrer Familien. So erhalten alle Kinder die gleichen Startvoraussetzungen für die Schule.

Um diese Ziele tatsächlich zu erreichen, muss eine kostenfreie, flächen-deckende Kita-Pflicht, anders als von der EK empfohlen, nicht erst im letzten Jahr vor der Schule, sondern bereits ab dem zweiten Lebensjahr eingeführt werden. Und zwar nicht zur Entlastung der Eltern, sondern im Interesse aller Kinder.

SCHULE IST MEHR ALS NUR MATHE!

Schule soll Kinder und Jugendliche zu mündigen Bürger*innen machen. Der Bericht fordert deshalb, dass Politik, Geschichte, Wirtschaft, Demokratie, Gesundheit und digitale Selbstbestimmung verbindlich und fächerübergreifend unterrichtet werden.

Als JSAG NRW und NRW Jusos wollen wir diese Idee mit Leben füllen. In Zeiten von rechter Hetze, Fake News und wachsendem Hass brauchen wir eine demokratische und solidarische Bildungslandschaft. Schulen müssen Orte sein, an denen Demokratie nicht nur Theorie ist, sondern erlebt und gelebt wird – durch Projektstage, Gedenkstättenbesuche oder Initiativen wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Leider ist in den letzten Jahren die Wichtigkeit einer kontinuierlichen politischen und demokratischen Bildung durch Lehrer*innen und Schulprojekte vielerorts in den Hintergrund gerückt. Hier müssen wir wieder ansetzen! Dafür müssen auch Lehrkräfte die nötige Unterstützung und Fortbildung bekommen.

Wir stimmen dem Bericht bei der Wichtigkeit der politischen Bildung zu, denn nur wer Demokratie versteht, auch und gerade in seiner historischen Dimension, weiß, wie wichtig Solidarität und Zusammenhalt sind. Wir setzen uns dafür ein, dass politische Bildung in jeder Schule, jeder Stadt und für jedes Kind zugänglich bleibt.

Damit Schulen diese Aufgaben auch erfüllen können, sollen sie mehr Eigenständigkeit erhalten. Das Prinzip der „selbstständigen Schule“ soll ihnen ermöglichen, Unterricht und Schulentwicklung stärker an den Bedürfnissen ihrer Schüler*innen auszurichten.

In Zukunft sollen aber nicht nur schulische Leistungen bewertet werden, sondern auch Engagement außerhalb des Unterrichts Anerkennung finden. Das soll für Ehrenamt jeglicher Art gelten. Als Jusos können wir den Vorstoß nur begrüßen. Malt euch mal aus, wie schön es wäre, für ehrenamtliche (Partei-)Arbeit vielleicht irgendwann sogar mal Sonderurlaub bekommen zu können?!

DIGITALE BILDUNG: FORTSCHRITTE OHNE VERLÄSSLICHKEIT

Der Bericht stellt fest, dass es in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte bei der digitalen Ausstattung von Schulen gab – vor allem dank befristeter Programme wie „DigitalPakt Schule“ und „REACT-EU“. Dadurch wurden vielerorts Geräte und Infrastruktur angeschafft. Dennoch fehlt vielen Schulen eine verlässliche Perspektive für Wartung, Ersatz und Weiterentwicklung, sobald Förderprogramme auslaufen und Kommunen die Folgekosten nicht tragen können. Das führt zu Unsicherheit und erschwert die pädagogische Planung.

Stand jetzt hängt die digitale Ausstattung stark von der Finanzkraft der Kommunen ab. Während mancherorts längst mit stabilem WLAN und digitalen Endgeräten gearbeitet wird, müssen Lehrkräfte andernorts weiterhin improvisieren. Das verstärkt den sog. „Digital Divide“: Wenn die digitale Teilhabe von der finanziellen Lage abhängig ist, verfestigt sich die Ungleichheit im Bildungssystem.

Darüber hinaus betont der Bericht, dass es nicht genügt, nur Geräte bereitzustellen. Lehrkräfte brauchen Zeit, Fortbildungen und Unterstützung, um digitale Medien sinnvoll einzusetzen. Gleichzeitig sollten Verwaltung und Wartung keine Aufgabe der Lehrkräfte sein.

Insgesamt verdeutlicht der Bericht: Die entscheidende Frage ist nicht mehr ob, sondern wie digitale Bildung dauerhaft, gerecht und als Teil der schulischen Grundversorgung im Schulsystem verankert werden kann.

STREITPUNKT SCHULSTRUKTUR – DAS SPD-SONDERVOTUM

Die SPD-Fraktion hat die Möglichkeit genutzt und in einem Sondervotum noch ergänzende Empfehlungen aufgelistet, die keine demokratische Mehrheit in der EK gefunden haben. Man könnte vermuten, dass die Fraktion im Sondervotum die Chance nutzt und Parteibeschlüsse einarbeitet. Aber das scheint nur Juso-Träumerei zu sein.

Zentraler Vorschlag im Sondervotum: Das Schulsystem langfristig auf zwei Säulen reduzieren. Gymnasien und Gesamtschulen sollen bleiben, Haupt-, Real- und Sekundarschulen zu einer gemeinsamen Schulform verschmelzen. Was wie ein Schritt in die richtige Richtung klingt, bleibt aber deutlich hinter bestehenden Beschlusslagen auf Landesebene zurück. Die Jusos und die NRWSPD fordern die „Schule für Alle“. Eine „bessere Durchlässigkeit“ zwischen Schulformen, wie sie von der Fraktion ebenfalls gefordert wird, reicht da nicht.

Dass die Fraktion diese elementare Forderung nicht einmal im Sondervotum aufgreift, lässt sich eigentlich nur durch Mutlosigkeit erklären. Statt selbstbewusst und mutig eine Schulreformdebatte anzustoßen, hat man offensichtlich Angst, mit dieser Forderung in der Gesellschaft anzuecken. Die Sorge vor den bürgerlichen Elternverbänden, denen man das Gymnasium „klaut“, scheint zu groß zu sein. Dann doch lieber die Chance liegen lassen, Kindern eine echte Chancengleichheit zu ermöglichen.

Spannend wird die Diskrepanz zwischen Fraktion und Partei besonders dann, wenn man beachtet, dass bald die Prozesse fürs Landtagswahlprogramm beginnen. Was wird hierfür die Grundlage? Parteibeschlüsse oder Fraktionsarbeit? Denn anscheinend wird in der Bildungspolitik nicht an einem Strang gezogen. Und genau das sollten wir uns nicht gefallen lassen.

Für uns ist klar: So ein EK-Ergebnis ist keine Erfolgsgeschichte, aber wir kämpfen dafür, dass unser Wahlprogramm eine sein wird. Damit die „Schule für Alle“ kommt und Chancengleichheit kein Lippenbekenntnis bleibt!



Lavinia (17) und Marlon (17) sind Sprecher*innen der JSAG NRW und setzen sich für bildungspolitische Themen ein.

Elisabeth (31) ist Teil des Team Bildung und hatte große Hoffnungen in die Ergebnisse der Enquete-Kommission.

EINGESCHÜCHTERT WAR GESTERN: WIE JUSOS IN GELSENKIRCHEN DIE REGELN SETZTEN!

*Im Wahlkampf 2025 waren die Jusos Gelsenkirchen überall dort, wo es zählt: an Haustüren, vor Schulen, am Stadion. Nicht für laute Parolen, sondern für echte Gespräche mit den Bürger*innen vor Ort!*

Von Flugblattaktionen vor Schulen bis zum Infostand beim Schalke-Spiel – die Jusos Gelsenkirchen haben im Kommunalwahlkampf 2025 alle Register gezogen, um ihre Stadt gegen rechte Hetze zu verteidigen. „Wir waren morgens vor den Schulen und nachmittags am Stadion, überall dort, wo die Menschen sind“, berichtet Katharina Weber Garcia, stellvertretende Juso-Vorsitzende.

„Unser Ziel war es, junge Leute zu erreichen und zu zeigen: Wir kämpfen für ihre Zukunft.“

Wir haben uns dafür auf alle Ortsvereine verteilt, damit in jedem Stadtteil eine junge Stimme präsent ist. Gemeinsam mit den SPD-Teams vor Ort haben wir an Türen geklingelt und den persönlichen Austausch gesucht. Dabei ging es um die Themen, die uns

Jugendlichen unter den Nägeln brennen, von Bildung und Ausbildung über Jugendangebote bis zur Sicherheit vor Ort. Doch der Wahlkampf war kein Spaziergang. Immer wieder versuchten AfD-Anhänger*innen, uns einzu-

schüchtern. „Ihr von der SPD werdet doch untergehen!“, rief einer am Infostand in der Innenstadt, erinnert sich Berat Arifi, Vorsitzender der Jusos Gelsenkirchen.

„Das hat uns nur stärker gemacht. Wir lassen uns nicht einschüchtern.“ Solche Anfeindungen stärkten uns noch mehr. Uns war klar, wofür es geht: dass Gelsenkirchen eine solidarische Stadt bleibt.

Wir haben inhaltlich klare Kante gezeigt. Unsere Botschaft lautete: Kein Kind darf zurückbleiben, und Sicherheit erreicht man durch Prävention statt durch pauschale Vorurteile. „Sicherheit entsteht durch Perspektiven, nicht durch Generalverdacht“, betont Hannah Huesmann Trulsen aus dem Juso-Vorstand. „Wir müssen in Bildung und Jugendangebote investieren, damit kein junger Mensch abgehängt wird.“ Auf diese Weise schieben wir der AfD-Angstmacherei einen Riegel vor. Die AfD stellt oft ganze Gruppen, insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund, pauschal unter Verdacht. Wir sagen dagegen: Nur indem wir Perspektiven schaffen, entsteht echte Sicherheit, nicht durch pauschale Generalverdächtigungen.

Wir Jusos mobilisierten in den zwei Wochen bis zur Stichwahl gemeinsam mit anderen demokratischen Jugendorganisationen noch einmal alle Kräfte. So konnten wir unsere Stadt verteidigen: Gelsenkirchen bleibt demokratisch in unserer Hand mit Andrea Henze als sozialdemokratischer Oberbürgermeisterin. Und dank unserer Kandidat*innenliste ist der neue Integrationsrat so jung besetzt wie nie zuvor. Jetzt sitzen wir auch bei den Koalitionsverhandlungen am Tisch, um die Interessen junger Menschen in der Stadtpolitik mitzubestimmen.

Dieser Wahlkampf hat gezeigt, was wir als junge Generation bewegen können. Gelsenkirchen ist und bleibt bunt, solidarisch und demokratisch, für rechte Hetze ist hier kein Platz. Auch bei den Verhandlungen der neuen Stadtregerung bleiben wir Jusos Gelsenkirchen aktiv: Hannah Huesmann Trulsen und Berat Arifi verhandeln unsere Positionen im Koalitionsvertrag mit. Wir setzen uns dafür ein, dass wichtige Funktionen mit Juso-Vertreter*innen besetzt werden: Hannah wurde bereits als zukünftige Geschäftsführerin der SPD-Fraktion gewählt, und wir freuen uns darauf, Berat Arifi bald als Vorsitzenden des Integrationsrats (Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration) in Gelsenkirchen begrüßen zu können.



Berat (27) mag Gellek. So sehr, dass er nicht nur Juso-Vorsitzender ist, sondern auch als Wahlkampfleitung geackert hat!

NEUSTART FÜR DINSLAKEN

Für Dinslaken gibt es einen Neustart: mit Simon Panke als sozialdemokratischem Bürgermeister, mit einer gestärkten SPD-Fraktion und mit unserer Genossin Vanesa Muharremi als frischgewählte Stadträtin:

„Ich will Politik nahbar machen, authentisch zu den Menschen sein und ihr Leben nicht schwerer, sondern leichter machen. In der Sprache, in den Taten, im Alltag. Als jemand mit Einwanderungsgeschichte weiß ich, wie viel Verständnis und Gerechtigkeit verändern können. Politik bedeutet für mich: zuhören, anpacken und Wege öffnen, statt neue Hürden zu bauen“

SOZIALDEMOKRATISCHER NEUANFANG FÜR SOEST KLAR UND SOZIAL AUFGETRETEN, VERTRAUEN ZURÜCKGEWONNEN.

Fabian Rohrpasser (31): Nach 26 Jahren CDU konnte die SPD in Soest mit Marcus Schiffer das Rathaus „zurückerobern“. Sozialdemokratische Politik macht Fabian jetzt als frischgebackenes Ratsmitglied!

Die Frage des Wahlerfolgs lässt sich gut beantworten. Wir haben versucht als Ortsverein, wieder nah an die Bürger:innen heranzutreten und uns einen Vertrauensvorschuss zu erarbeiten. Dabei haben wir viel auf das Emotionale und den Bezug zu unserer Stadt, sowie Region, gesetzt, das Schaffen eines Wir-Gefühls. Zudem haben wir herausgearbeitet, dass die Menschen gerne wieder mehr einbezogen werden wollen in die Politik.

Die viel-propagierte Politikverdrossenheit ist bei uns vor Ort nicht spürbar. Hier ist eher das Gegenteil der Fall: Die Menschen möchten wieder abgeholt werden, Politik mitbekommen, an Diskussionen teilnehmen und spüren, dass sie ebenso eine Verantwortung bei der Gestaltung ihres Lebensumfelds tragen.

Ich denke, wir haben Vertrauen darin zurückgewonnen, dass wir es schaffen, Politik neu zu leben, Entscheidungen auch nach außen zu tragen und eine gerechtere Stadt zu entwickeln. Das alles unter dem Gesichtspunkt der Einbeziehung der Bürger:innen. Unser Credo hier: mehr Politik mit den Menschen!



Ein weiteres großes Thema bei uns in Soest waren die Kita und OGS-Beiträge, wo wir versprochen haben, diese Schritt für Schritt abzubauen und vor allem für kleinere und mittlere Einkommen eine Entlastung zu schaffen. Denn hier gilt für uns: Jeder sollte die Chance auf eine gute Versorgung und Bildung haben. Gerade in der heutigen Zeit zählen meiner Meinung nach auch die Ganztagsangebote hinzu. Kita und OGS sollten keine Frage des Geldbeutels sein!

Im Wahlkampf sind wir offen auf die Menschen zugegangen, mit offenen Treffen und Angeboten wie „Döner wie früher“. Die Leute vor Ort konnten sich zum Preis wie früher (4€) einen Döner kaufen, den Rest haben

wir bezuschusst. Bei Döner und Ayran sind wir dann entspannt ins Gespräch gekommen.

Ich denke mit der Verknüpfung von Altem und Neuem haben wir eine sehr gute Kombination geschaffen und viele Menschen erreicht. Wir haben soziale Medien bespielt und waren genauso „old school“ auf der Straße oder den Haustüren unterwegs. Gerade die Kombination aus „altgedienten“ und neuen Formaten

im Wahlkampf hilft dabei, mit möglichst vielen Menschen in Kontakt zu kommen. Wichtig war aber auch die Zusammenarbeit in unserem OV zwischen Jung und Alt. Hier hat jeder seine Ideen einbringen können und es entstanden diese super Kombinationen. Alle haben gemeinsam auf den Wahlsieg hingearbeitet.

Abschließend kann ich nur sagen: Geht raus, hört den Menschen genau zu. Die allermeisten Menschen sind politisch interessiert und können was mit uns Sozen anfangen, wollen aber immer unsere Entscheidungen nachvollziehen können. Also: Immer an einen Tisch setzen, einander an- und zuhören und dann den besten Weg für alle finden. Und diesen dann auch transparent und nachvollziehbar erklären und umsetzen! Jeder, den wir so in unsere demokratischen Prozesse einbinden können, wird sein Kreuz sicher nicht bei der AfD setzen. Und wenn wir es wieder hinbekommen, die Menschen emotional zu erreichen, Versprechen zu halten und Entscheidungen wie auch Kompromisse argumentativ und nachvollziehbar darzulegen, dann erhalten wir auch das Vertrauen wieder zurück. Bleibt stabil!



VON TÜR ZU TÜR IN MÖNCHENGLADBACH

In Mönchengladbach hat die SPD mit Felix Heinrichs erfolgreich das Rathaus verteidigt. Nach vorn ging es auch für die SPD mit vielen Jusos im Wahlkampf und nun im Stadtrat. Lin Grossmann (24) zieht zum zweiten Mal in den Rat ein und berichtet:

„Entscheidend für meinen Wahlerfolg waren Tür-zu-Tür Gespräche. Insgesamt habe ich an über 1700 Haustüren geklopft. Diese Zahl beruht auf einer Rechnung, mit dem Ziel, den Wahlkreis knapp zu gewinnen.“

Ein weiterer Faktor war die Wahlkreis-Übergabe mit Reinhold Schiffers. Gemeinsam haben wir Schützenfeste, Initiativen und vieles mehr besucht. Auch mein Social-Media-Auftritt spielte eine große Rolle. Grundsätzlich war mir immer wichtig Freude, Team-Liebe und den Glauben an eine bessere Zukunft spürbar zu machen.“

TRAUERGESCHICHTEN AUS DORTMUND

WIE MAN RECHTS- POPULISMUS ALS PRAGMATISMUS VERKAUFT

Politik soll doch „einfach mal machen“. Alle wissen doch, was falsch läuft. Die Menschen reden darüber, die Presse schreibt darüber, wieso kann die Politik das nicht einfach mal umsetzen? Kann doch nicht so schwer sein.

Das ist die Erzählung, die sich auf jeglichen Ebenen durch unterschiedlichste Akteur*innen durchgesetzt hat. Die „Elite“ der Politiker*innen ändere nichts, weil sie sich der Probleme einer Stadt oder des Landes gar nicht erst bewusst sei. Deswegen brauche es eine Partei oder eine Person, die zuhört, versteht und bereit ist, endlich etwas zu ändern. Oder einen Kandidaten für ein Oberbürgermeisteramt, der sich die Politikverdrossenheit der breiten Bevölkerung zum Erfolgsmodell macht.

So geschehen in Dortmund. Ein parteiloser Kandidat, der verspricht, endlich die Probleme der Stadt anzugehen. Ein Macher, der aufgrund seiner Parteilosigkeit ideologiefrei handeln könne. Ein normaler Bürger, der nicht rechts, nicht links, sondern vernünftig sei. Diese Kandidatur steht exemplarisch für eine allgemeine gesellschaftliche Entwicklung: Die Entpolitisierung des Politischen, die vor allem denen hilft, die ein rechtes Gedankengut als ein „vernünftiges“ verkaufen wollen.

DER MYTHOS DER ALLGEMEINGÜLTIGEN VERNUNFT

Keiner Partei verpflichtet zu sein und im Namen der Vernunft und des Bürgerwillens zu handeln, wirkt sympathisch und verspricht Unabhängigkeit und Pragmatismus. Besonders in Zeiten eines Vertrauensverlustes in „etablierte Politik“ ist das ein attraktives Angebot.

ES GEHT NICHT UM VERNUNFT, SONDERN UM STIMMUNG.

Doch genau hier beginnt das Problem. Wenn Politik nur noch als Dienstleister verstanden wird, der umsetzt, was gerade die vermeintliche oder gefühlte Mehrheit der Bevölkerung fordert und was medial aufgebauscht wird, verliert Politik ihren eigentlichen Kern: den Streit um Werte und die richtigen Lösungen und die Notwendigkeit, Position zu beziehen.

Der Dortmunder Wahlkampf um Martin Cremer zeigt, wohin politische Entfremdung und mediale Schieflagen führen können. Cremer ist kein Zufall, sondern ein Produkt der aktuellen politischen Stimmung: dem Wunsch nach vermeintlicher Sachlichkeit, nach „nicht links, nicht rechts, sondern vernünftig“. Dass in diesem Sinne Parteiangehörigkeit als negative Ideologisierung von Politik dargestellt wird, ist ein großes Problem. Es delegitimiert Politik nicht anhand von unterschiedlichen Ansichten in der Sache, sondern in sich. Dass das auch das Ziel in diesem Wahlkampf war, wurde schnell klar. Das Unternehmertum aus dem Dortmunder Süden sucht sich einen Kandidaten, der ausschließlich ihre Interessen vertritt und greift ihm finanziell wie medial stark unter die Arme.

Cremeres erster öffentlicher Beitrag nach der Veröffentlichung seiner Kandidatur war ein Aufreger über angeblichen Sozialmissbrauch. Wer das im Kommunalwahlkampf (!) zu seinem ersten Thema macht, stellt klar: Es geht nicht um Vernunft, sondern um Stimmung. Im Wahlkampf folgten flache Phrasen über Ordnung und Sicherheit, gemeinsame Podien mit DPoLG (Deutsche Polizeigewerkschaft)-Populisten wie Manuel Ostermann, Diskussionen über Bettelverbotszonen und härtere kommunale Ordnungsdienste. Das wurde dann als „offenes Gespräch“ verkauft – und rechte Positionen so Stück für Stück normalisiert. Zeitgleich eröffnete er, dass er die Brandmauer für kein sinnvolles Konstrukt halte und wenn es drauf ankäme auch vor Ort mit

der AfD zusammenarbeiten würde. Dass das zur Folge hatte, dass selbst die NPD zur Wahl Cremers aufrief, war am Ende auch kein Wunder mehr. Zudem besonders laut: Der ehemalige Formel-1-Moderator Heiko Wasser, der gern AfD-Beiträge teilt und mit „Westphal muss weg“-Kappe durch die Innenstadt läuft. Das ist die „bürgerliche“ Fassade, hinter der rechter Kulturkampf längst Alltag ist.

Cremers Aufstieg bzw. beachtliches Ergebnis in der ersten Runde der Oberbürgermeisterwahl ist damit kein Ausrutscher, sondern Symptom einer besorgniserregenden politischen Entwicklung.

BELIEBIGKEIT AUCH MIT PARTEIBUCH

Denn das Narrativ der Vernunft, die sich nur in rechts-konservativer Politik zeigen könne, begegnet uns nicht nur bei Parteilosern, die mit Rechtspopulisten kuscheln, sondern eben auch in der CDU. Diese schürt den Vertrauensverlust in die gesamte parteipolitisch basierte Demokratie, indem auch sie Haltung, zum Beispiel in Bezug auf Brandmauern, als parteipolitisches Kalkül diffamiert.

Der nun amtierende CDU-Oberbürgermeister, der, trotz heftiger Streitereien im Wahlkampf, eine Wahlempfehlung des Cremer-Lagers erhielt, sägt so an seinem eigenen Ast. In mehreren Pressestatements thematisiert er die furchtbare Sicherheitslage und beruft sich dabei ausschließlich auf ein subjektives Sicherheitsgefühl der Bürger*innen, mit denen er spreche. Er selbst spricht auch von sich als „politischem Dienstleister“, der umsetze, was die Bürger*innen ihm auftrügen.

Das macht Konservative, die sich bundesweit auf diese Erzählung berufen, zum einen weniger angreifbar, da sie ja nur den angeblichen Willen der Bürger*innen umsetzen. Und zum anderen lässt es ihnen selbst den Spielraum, auf welche Bürger*innen sie sich denn berufen. Das sind selten Menschen, die in der Stadt tatsächlich von Armut, Obdachlosigkeit und Sicherheitsproblematiken geprägt sind. Das sind Menschen, die von diesen Problemen in der Presse lesen und sich darüber echauffieren. Wenn man sich aber ausschließlich auf diese Menschen beruft, dann ist es einfach, seinen eigenen Rechtspopulismus als „den Volkswillen“ zu verkaufen. So macht man sich zu einer Marionette des Unternehmertums und der Konservativen und gefährdet demokratisches Streiten, weil man die eigene Position versteckt.

Die Dortmunder Erfahrung zeigt exemplarisch, wie sich die politische Kultur verändert. Was als pragmatischer Stil daherkommt, ist oft ein

Rückzug aus der politischen Verantwortung und der Notwendigkeit, die eigene Politik und die eigene Haltung (!) auch zu erklären. Demokratie lebt vom Streit. Wer Parteilosigkeit und Beliebtheit idealisiert, ersetzt demokratische Ausein-

dersetzung durch hohlen Personenkult. Das mag kurzfristig attraktiv erscheinen, ist aber langfristig gefährlich. Denn es schwächt die Strukturen, die Politik überhaupt erst rechenschaftspflichtig machen. Also kurzum: Den Volkswillen in einer repräsentativen Demokratie. Deswegen ist es auch an uns, junge Menschen zu politisieren und zu zeigen, dass Neutralität und die Ferne zu Haltungen und Werten eben nichts Positives sind.

DEMOKRATIE LEBT VOM STREIT.



Michelle (19) ist sehr frustriert über den Ausgang der Wahl in Dortmund und hat keine Lust auf eine politische Kultur, in der Haltung ein Fremdwort ist.

NEU IN DEN LANDESVORSTAND GEWÄHLT:



SOUKAINA ERRAFAY

ALTER: 19 JAHRE

UB/KV: DUISBURG

IST AKTUELL:

STUDENTIN DER SOZIALEN ARBEIT

**HERZENSTHEMEN: KLASSISMUS, KAMPF GEGEN RECHTS
UND INTERSEKTIONALER FEMINISMUS**

MAIL:

SOUKAINA.ERRAFAY@NRW-JUSOS.DE



DENNIS SCHNITTKE

ALTER: 27

UB/KV: KÖLN

IST AKTUELL:

**STUDENT DER EMPOWERMENT STUDIES UND
WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER IM
LANDTAG NRW**

HERZENSTHEMEN:

**ANTIRASSISMUS, ANTIDISKRIMINIERUNG,
MENTALE GESUNDHEIT**

MAIL:

DENNIS.SCHNITTKE@NRW-JUSOS.DE

NEU IM

*Bei unserer Landeskonzferenz haben wir zwei
Plätze im Landesvorstand nachgewählt. Außer-
dem sind zwei neue kooptierte Mitglieder für die
HSG und die JSAG hinzugekommen.
Hier stellen sie sich vor!*

LAND VO

FÜR DIE JUSO-HOCHSCHULGRUPPEN NRW IN UNSEREM LANDESVORSTAND



FÜR DIE JUSO SCHÜLER*INNEN- UND AUSZUBILDENDENGRUPPE IN UNSEREM LANDESVORSTAND



EMANUEL NEUMANN

ALTER: 26 JAHRE

UB/KV: AACHEN-STADT

IST AKTUELL:

STUDENT DER ENERGIETECHNIK

HERZENSTHEMEN:

ENERGIEPOLITIK, MOBILITÄT, INTERNATIONALES UND WISSENSCHAFTSPOLITIK

MAIL:

EMANUEL.NEUMANN@NRW-JUSOS.DE



LAVINIA ESSER

ALTER: 17 JAHRE

UB/KV: DÜSSELDORF

IST AKTUELL:

SCHÜLERIN UND STOLZE JUNGSOZIALISTIN

HERZENSTHEMEN:

SOZIALE GERECHTIGKEIT, BILDUNGSPOLITIK, FEMINISMUS UND DER KAMPF GEGEN FASCHISMUS

MAIL:

LAVINIA.ESSER@NRW-JUSOS.DE



DES RSTAND

ZWANGS-IDENTIFIKATION

DIE WEHRPFLICHT IST DA

Maxi (26) leistet viel ehrenamtliche Arbeit – und kämpft dafür, dass Engagement freiwillig bleibt!



Junge Menschen werden seit Jahren mit verschiedenen Ideen (Wehrpflicht, soziales Pflichtjahr) konfrontiert, um die Fehler vergangener Generationen glattzubügeln. Fehler, die vermeidbar waren, und nun auf dem Rücken der jungen Generation gelöst werden sollen. Genau das sehen wir in der Debatte um den sog. „Neuen Wehrdienst“ wieder. Die aktuellen Pläne der Bundesregierung sind aber vor allem eins: Unehrlich.

ZWANG ZUR WAFFE, NICHT MIT UNS!

Als Anfang November das Losverfahren ins Spiel gebracht wurde, war der erste Aufschrei groß. Während Politiker*innen von CDU/CSU damit argumentierten, dass ein Losverfahren zwingend notwendig wäre, war selbst Boris Pistorius nicht zufrieden mit der Lösung. Momentan sieht es ganz so aus, als wäre ein Kompromiss gefunden. Und nun?

Der neue Wehrdienst ist angelehnt an das schwedische Modell. Alle 18-jährigen Männer und Frauen erhalten einen Erfassungsbogen. Alle Männer, die nach dem 01. Januar 2008 geboren wurden, müssen verpflichtend zur Musterung. Falls die geplante Anzahl der Freiwilligen langfristig nicht erreicht wird, sollen notfalls Männer gegen ihren Willen per Losverfahren zum Dienst an der Waffe verpflichtet werden. Diese „Bedarfswehrpflicht“ muss dann jedoch nochmal vom Bundestag abgestimmt werden. Bereits jetzt zeichnet sich schon ab, dass sich immer mehr für die Kriegsdienstverweigerung interessieren. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer ist mit 3.034 Anträgen auf einem Höchststand seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011.

EINE PFLICHT VORBEI AM BEDARF

Ein zentrales Argument für Pflichtdienste, und so auch hier wieder bei der Wehrpflicht, ist der Personalmangel. Vor allem in hochspezialisierten Bereichen wie IT, Ingenieurwesen und für die Cyberabwehr. Also Bereiche, die komplex sind und in denen oft Erfahrung oder Ausbildung gefragt ist. Die Wiederführung einer Wehrpflicht würde erstmal nicht helfen. Stattdessen wird die vernachlässigte Infrastruktur und die veraltete Ausbildungsstruktur zusätzlich belastet. Seit Jahren berichten Soldat*innen, dass sie lange auf neue Ausrüstung warten, unqualifiziert Verwaltungstätigkeiten erledigen müssen und kaum Zeit für ihre Familie haben. Es muss grundsätzlich bessere Arbeitsbedingungen geben, damit Menschen auch bei der Bundeswehr bleiben, statt immer neuer Leute in ein System zu verpflichten, das nicht funktioniert.

Auf den ersten Blick wirken Neuerungen wie der erhöhte Sold und die Finanzierung des Führerscheins positiv. Dennoch muss man sich die Frage stellen, warum diese besseren Bedingungen nicht schon zuvor den Beschäftigten gewährt werden konnten – und warum sie erst jetzt kommen, wenn 18-Jährigen der

Job attraktiv gemacht werden soll. Als Jungsozialist*innen sollte uns klar sein, dass die Wehrpflichtdebatte auch eine Klassenfrage ist. Denn in kapitalistischen Gesellschaften ist das Militär nicht nur zum Erhalt des Systems da, sondern auch als wirtschaftliches Auffangbecken in Krisenzeiten. Arbeiter*innen stehen so stark wie lange nicht mehr vor die Wahl zwischen Niedriglohnsektor oder Bund.

Der Kampf gegen die Wehrpflicht ist nicht nur eine theoretische Debatte, sondern eine grundsätzliche Frage der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung. Dieser massive Einschnitt in die Lebensplanung vieler junger Menschen ist in Zeiten, wo die extreme Rechte durch Hetze gegen die demokratische Ordnung an Aufwind gewinnt, ein Fehler.

Wie soll sich eine Parlamentsarmee, die aus Zwang rekrutiert wird, mit ihrem Parlament und dem Grundgesetz identifizieren?



VERBAND

MEIN ERSTER BUNDES- KONGRESS

ZWISCHEN GÄNSEHAUT, DEBATTEN UND NEUER HOFFNUNG

Vom 28. bis 30. November fand der diesjährige Juso-Bundeskongress in Mannheim statt – drei intensive Tage. Schon beim Betreten der Halle war klar: Das ist eine andere Dimension. Dieses Gefühl, dass wir alle aus ganz Deutschland zusammen gekommen sind, um gemeinsam über unsere Vision einer gerechteren Zukunft zu sprechen, war toll. Menschen, die über Anträge diskutierten, Ideen austauschten, sich vernetzten. Die Stimmung war herzlich.

GÄNSEHAUTMOMENTE UND KLARE HALTUNG

Natürlich gab es auch diese besonderen Augenblicke – in denen man spürt, dass man Teil von etwas Größerem ist – mit Reden, die unter die Haut gehen. Viele FINTA und BI-PoC teilten mutig ihre Geschichten – voller Stärke, Ehrlichkeit und politischem Anspruch. Besonders die Debatte zum Stadtbild-Antrag war ein Schlüsselmoment: Denn es wurde dabei auch klar benannt, dass im neuen Bundesvorstand keine Woman of Colour vertreten ist und dass Erfahrungen wie die von Sarah und Audrey leider keine Einzelfälle sind. Hier muss unsere Verbandsspitze besser werden. Denn wer für Gleichheit kämpft, muss sie auch leben!

WIR KÄMPFEN GEMEINSAM!

Ein großes Highlight war die Annahme unseres Antrags zum Schutz von Doppelstaatler*innen und ebenso, wie wir mit klarer Haltung und scharfen Worten in die Debatte für einen menschenwürdigen Sozialstaat mit Bärbel Bas gegangen sind.

Unsere NRW-Delegation ist an diesem Wochenende noch enger zusammengewachsen. Inmitten hunderter unbekannter Menschen spürt man: Wir sind ein Team. Und auch wenn wir nicht jede Abstimmung gewonnen haben, ist eins klar geworden: Wir verteidigen unsere Überzeugungen immer und bleiben standhaft.

KLARE KANTE GEGEN RECHTS

Besonders bedeutend war das gemeinsame Zeichen gegen Faschismus. Denn während sich parallel in Gießen die Jugendorganisation der AfD gründete, und sich auch zahlreiche Jusos dem Gegenprotest angeschlossen haben, machten wir in Reden und Statements in Mannheim deutlich: Kein Nachwuchs für Faschist*innen – AfD-Verbot jetzt.

MEINE ERSTE BUKO-REDE

Ein sehr besonderer Moment war meine erste Rede auf einem Bundeskongress – zu dem Antrag „Kinderschutz ist Pflicht!“. Das Empowerment aus unserer NRW-Delegation bleibt mir besonders in Erinnerung: Von ermutigenden Worten im Vorfeld, über Applaus und Zurufe währenddessen, zu Umarmungen im Nachgang.

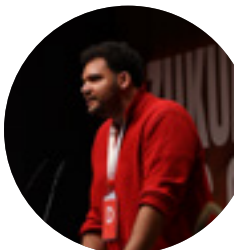
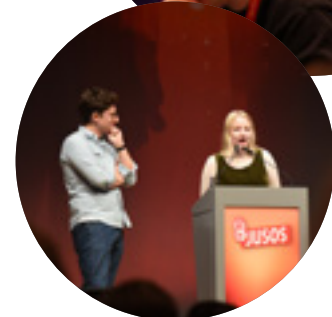
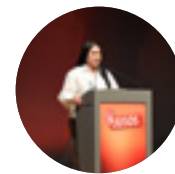
WAS BLEIBT

Ich habe Menschen erlebt, die mit unglaublich viel Herzblut für feministische Politik kämpfen und zugleich spüren dürfen, welche Stärke darin liegt, wenn junge Menschen Politik nicht nur als Hobby sehen, sondern als Möglichkeit, die Zukunft wirklich zu gestalten.

Erfüllt von Dankbarkeit, neuer Kraft und dem starken Gefühl von Zugehörigkeit – und ja, auch mit großem Schlafmangel, fahre ich somit zurück in den Kreis Recklinghausen, stolz Teil der NRW Jusos zu sein und mit der Gewissheit: Es ist noch nichts verloren. Denn die Zukunft wird mit uns gemacht!

Und an alle, die noch überlegen, auch mal zu einem Bundeskongress zu fahren: Fahrt hin! Es lohnt sich.

Danke NRW – ihr seid wunderbar.



Nora Chouiqa (20) war zum ersten Mal beim Bundeskongress – und kann die Erfahrung nur weiterempfehlen.

DIE REVOLUTION HAT EIN WEIBLICHES GESICHT

WIE FEMINISTISCHE
BEWEGUNGEN UNTER
AUTORITÄREN
TENDENZEN ÜBERLEBEN

Krise um Krise erschüttert den Mittleren Osten: die Diktatur der Taliban in Afghanistan, das Mullah-Regime im Iran. Autoritäre Tendenzen nehmen zu und demokratische Hoffnungen erleiden Rückschläge [1]. Besonders Frauen und queere Menschen geraten ins Visier dieser konservativen Regime, denn ihr Streben nach Gleichberechtigung stellt die patriarchale Herrschaft offen in Frage. Während Kriege und Konflikte toben, drohen mühsam erkämpfte Fortschritte der letzten Jahrzehnte verloren zu gehen. Doch trotz brutalster Repression leben feministische Bewegungen weiter. Mutige Aktivist*innen in Iran, Afghanistan und anderswo riskieren ihr Leben, um dem Patriarchat die Stirn zu bieten und für Selbstbestimmung und Würde zu kämpfen.

IRAN: DER WIDERSTAND BLEIBT BESTEHEN

Im Iran reagiert das klerikale Regime seit über einem Jahr mit gnadenloser Gewalt auf die Aufstandsbewegung unter dem Motto „Jin, Jiyar, Azadi“ - Frauen, Leben, Freiheit [2]. Diese feministische Revolution war nach der tödlichen Gewalt gegen die 22-jährige Jina Mahsa Amini im September 2022 ausgebrochen und breitete sich im ganzen Land aus. Die staatliche Antwort folgte prompt: Sicherheitskräfte schlugen Proteste blutig nieder, mehr als 20.000 Menschen wurden verhaftet, darunter auch Minderjährige, die in Haft gefoltert wurden [3]. Mehrere Demonstrierende, darunter führende Aktivist*innen, wurden hingerichtet, um die Bevölkerung einzuschüchtern [2]. Trotz dieser Eskalation lassen sich viele Iraner*innen nicht unterkriegen: Selbst nachdem die Massenproteste aus Angst vor Repressionen abgeebbt sind, verweigern immer mehr Frauen im Alltag die vom Regime aufgezwungene Verschleierung [4]. Jede unbedeckte Strähne und jede mutige Geste werden so zum leisen Akt des Widerstands, der die Flamme der Bewegung am Leben hält.

AFGHANISTAN: FEMINISTISCH UND MUTIG UNTER GROSSEM RISIKO

Ein ähnliches Bild zeigt sich in Afghanistan: Seit der Machtübernahme im August 2021 haben die Taliban Frauen faktisch aus dem öffentlichen Leben verbannt [5]. Mädchen dürfen höchstens bis zur sechsten Klasse zur Schule gehen, Frauen ist der Besuch von Universitäten untersagt, viele Berufe sind für sie tabu. Ohne männliche Begleitung dürfen Frauen und Mädchen kaum das Haus verlassen. Das Regime errichtet ein System der strikten Geschlechtertrennung, das Frauen auf Hausarbeit und Mutterschaft reduzieren will. Doch auch hier formiert sich Widerstand. In den ersten Monaten wagten afghanische Frauen noch offene Proteste auf den Straßen Kabuls, die von den Taliban brutal niedergeschlagen wurden. Inzwischen finden Demonstrationen meist im Verborgenen statt. So versammelten sich etwa am Internationalen Frauentag 2024 kleine Gruppen mutiger Frauen heimlich, um zu fordern, dass die brutalen Beschränkungen endlich aufgehoben werden [6]. „Unser Schweigen und unsere Angst sind die größte Waffe der Taliban“, erklärte eine der Aktivistinnen damals treffend [7]. Gerade deshalb weigern sich viele, zu verstummen: Sie organisieren Untergrundschulen für Mädchen und protestieren weiter, trotz des Risikos von Verhaftung, Folter oder Schlimmerem. Dieser unbeugsame Mut zeigt, dass die feministische Bewegung in Afghanistan lebt, wenn auch im Untergrund.

DAS PATRIARCHAT IST WELTWEIT AUF DEM VORMARSCH - STELLEN WIR UNS DEM ENTGEGEN!

Diese Beispiele aus Iran und Afghanistan stehen stellvertretend für viele Regionen, in denen autoritäre Herrscher patriarchale Gewalt gezielt als Mittel der Machtsicherung einsetzen [8]. In Kriegs- und Krisengebieten wird Gewalt gegen Frauen und queere Menschen systematisch instrumentalisiert. Sei es als Kriegswaffe oder um Aufstände im Keim zu ersticken [9]. Doch ebenso global wie die Unterdrückung ist auch der Widerstand: Feministische Bewegungen lassen sich nicht aufhalten, sondern passen sich an. Verhaftungen, Zensur und Angst mögen offenen Protest erschweren, aber der Kampf geht



Weltweite Krisen prasseln täglich auf uns ein, die Situation in Afghanistan und Iran verliert Evin (30) dennoch nicht aus den Augen.

weiter - in jeder Frau, die trotz Verbot ihre Stimme erhebt, in jedem heimlich verteilten Flugblatt, in jeder solidarischen Geste über Grenzen hinweg. So hallt der Ruf „Frauen. Leben. Freiheit.“ längst über den Iran hinaus: Von Serbien bis Afghanistan solidarisieren sich Menschen mit den Kämpfenden [10]. Selbst in Kabul protestierten afghanische Frauen vor der iranischen Botschaft aus Solidarität mit ihren Schwestern im Iran, bis die Taliban die friedliche Kundgebung gewaltsam auflöste [11]. Solche Momente machen deutlich, dass die feministische Solidarität grenzenlos ist und den Aktivist*innen Kraft gibt [12].

FÜR RECHTE EIN WITZ, FÜR VERFOLGTE EINE HOFFNUNG: FEMINISTISCHE AUßENPOLITIK

Als NRW Jusos war für uns immer klar: Unser Einsatz für Freiheit und Gleichheit endet nicht an Landesgrenzen [13]. Wir verstehen uns als internationalistische, feministische Jugendbewegung und stehen fest an der Seite der Frauen im Nahen Osten. Umso mehr fordern wir eine konsequente feministische Außenpolitik, die auf den Prinzipien Rechte, Repräsentation, Ressourcen und Diversität beruht und endlich die Realität patriarchaler Gewalt anerkennt [14]. Das bedeutet:

Regime, die Frauenrechte mit Füßen treten und geschlechtsspezifische Gewalt als Herrschaftsinstrument einsetzen, müssen international geächtet und sanktioniert werden [15]. Gleichzeitig braucht es sichere Fluchtwege und unbürokratische Asylverfahren für Verfolgte sowie Unterstützung für Überlebende sexualisierter Gewalt, auch das ist Teil einer feministischen Außenpolitik [16]. Vor allem aber darf unsere Solidarität nicht nachlassen. Es ist unsere Aufgabe als Feminist*innen, nicht wegzuschauen, uns zu informieren und laut zu bleiben gegen jede Form von Gewalt. Für alle Betroffenen, in jedem Krisengebiet [17]. Der Kampf für Befreiung ist global. Oder um es mit Audre Lorde zu sagen: „Wir sind erst frei, wenn wir alle frei sind“ [18].

**JIN
JĪYAN
AZADĪ**



**HIER GEHT'S ZU
DEN QUELLEN:**

BOYS DON'T CRY, BOYS DON'T TRY

WARUM DIE „MALE-
LONELINESS-EPIDEMIC“
FEMINISTISCHE
ANTWORTEN STATT
ANTIFEMINISMUS
BRAUCHT.

Auf Social Media reden alle über die „Male-Loneliness-Epidemic“, aber niemand fragt, warum Männer eigentlich einsam sind – und wie Patriarchat, toxische Rollenbilder und ungleich verteilte Care-Arbeit da reinspielen. Es wird Zeit über diese ‚männliche Einsamkeit‘ zu sprechen und wieso der Feminismus daran keine Schuld trägt.

„Männer vereinsamen, weil Frauen zu wählerisch geworden sind.“ – so und noch extremer teilen konservative Influencer und männliche Podcaster ihre Gedanken auf Social-Media-Plattformen wie TikTok oder Instagram. Scrollt man nur für kurze Zeit unter dem Suchbegriff „Male Loneliness Epidemic“, findet man zahlreiche Beiträge, die den Feminismus und die Emanzipation der Frau für das eigene Ausbleiben einer Partnerschaft verantwortlich machen. Doch wieso Männer wirklich unter emotionaler und sexueller Einsamkeit leiden und wieso der Feminismus daran keine Schuld trägt, wird oft gar nicht oder nur sehr verzerrt kommuniziert.

Mit dem Begriff der sog. „Male-Loneliness-Epidemic“ (oder auch übersetzt „Epidemie männlicher Einsamkeit“), welcher sich vor allem in den Sozialen Medien etabliert hat, ist

die Beobachtung gemeint, dass es Männern zunehmend schwerer fällt, eine Frau für eine intime, körperliche oder emotionale Bindung zu finden. Auch der Verlust von engeren Freund*innenschaften und die mangelnde emotionale Offenheit spielen hierbei eine große Rolle. Jedoch wird sich im Netz vor allem über die Ursachen dieser Entwicklung heftig gestritten.

SHE'S A STRONG INDEPENDENT WOMAN, SHE DON'T NEED NO MAN

Dabei gibt es eine ganz zentrale Erklärung, die aus feministischer Perspektive entscheidend ist: Denn Frauen vor 100 Jahren gingen Beziehungen nicht allein aus romantischen Gründen, sondern auch der existenziellen Absicherung wegen ein. So war eine Frau im gängigen Beziehungskonstrukt abhängig von ihrem Partner, andersrum war dies jedoch

nicht der Fall. Heute entscheiden sich Frauen im Regelfall nur dann für eine Beziehung, wenn es ihr Leben bereichert, beispielsweise durch emotionale Nähe oder echtes Zuhören. Diese unglaublich wichtige Unabhängigkeit, die sich Frauen über die letzten Jahrhunderte hart erkämpft haben, wird von vielen Männern jedoch als „Wählerisch-Sein“ interpretiert. Dabei geht es einfach nur darum, dass Männer nicht mehr gebraucht, sondern nur noch gewollt werden müssen – und diese Realität zu akzeptieren fällt einer großen Zahl von Männern schwer. Das ist wiederum auch auf die männliche Sozialisation im Patriarchat zurückzuführen.



Doch woran liegt es, dass Männer weniger gewollt werden? Klar ist: Frauen äußern häufig, dass sie auf emotionaler Ebene auch deutlich mehr Ansprüche haben, statt immer nur das bare minimum zu akzeptieren. Und das passiert nicht aus Arroganz, sondern aus dem feministischen Selbstverständnis und der Realität heraus, dass das Allerwenigste eben nicht ausreicht, eine Beziehung aufrechtzuerhalten und Frauen nicht länger ergänzen wollen, wo es Männern in der Beziehung an Nähe, Aufmerksamkeit und Respekt fehlt. Diese mentale und emotionale Sorgearbeit, die Frauen bis heute auch in Partnerschaften leisten müssen, fordert nämlich unglaublich viele Ressourcen und Lasten ab, die Frauen zunehmend weniger bereit sind zu tragen. Ein ‚guter Mann‘ innerhalb einer Beziehung sei nur eine ‚durchschnittliche Frau‘ hieß es in einem Beitrag einer TikTok-Nutzerin. Im Prinzip beschreibt sie mit dieser humorvollen Aussage genau das, was viele Feminist*innen kritisieren. Viele Einstellungen oder Verhaltensweisen, für die Männer glorifiziert werden, sind für Frauen nämlich selbstverständliche und gesellschaftlich erwartete Aufgaben.

„MALE-LONELINESS-EPIDEMIC“ DURCHGESPIELT: DIE INCELS

Zudem ist bei der „Male-Loneliness-Epidemic“ wichtig zu erwähnen, dass Frauen Männern nichts schuldig sind – gerade, weil dies im öffentlichen Diskurs fälschlicherweise oft so dargestellt wird. Es gibt kein Recht auf Sex oder emotionale Bindungen, Frauen sind nicht dazu verpflichtet, Männern ihre sexuellen Bedürfnisse zu erfüllen. Der Mythos, dass Männer eine Art „Grundrecht auf Sex“ hätten und ihnen dies verwehrt werden würde, ist jedoch ein sehr zentraler Punkt in der Ideologie in der sogenannten ‚Incel‘-Bewegung. Dabei steht das Wort ‚Incel‘, bestehend aus den zwei Begriffen „involuntary“ (unfreiwillig) und „celibate“ (sexuell enthaltsam) für eine identitätsstiftende Selbstbezeichnung, die hauptsächlich von weißen, heterosexuellen Männern genutzt wird, um ihre ausbleibenden Bindungen zu Frauen – besonders sexuelle Bindungen – mit dem Feminismus als vorrangiges Feindbild begründen. Dabei sehen sie sich als Opfer einer liberalisierten Welt und der „Male-Loneliness-Epidemic“, und sind die meiste Zeit in Internetforen und den Sozialen Medien aktiv, wo sie Hasskommentare verfassen und organisiert Hetze gegen Frauen stiften. Das Problem hierbei ist, dass es nicht selten vorkommt, dass dieser Hass das Internet verlässt und in gezielte geschlechtsspezifische Gewalt übergeht. Die Attentäter u.a. von Isla Vista 2014 und Toronto 2018 hatten Frauenhass als Motiv und rechneten sich selbst der Incel-Bewegung zu.

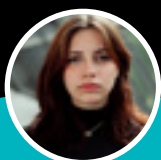
Die Serie „Adolescence“, welche erst vor Kurzem auf Netflix erschien, bespielt genau diese Hassideologie und die Gefahren, die sich daraus für Frauen in der gesellschaftlichen Realität ergeben.

WER IST SCHULD AN MALE LONELINESS?

Gerade im Hinblick auf die Incel-Bewegung ist es für uns als Verband mit feministischem Selbstverständnis wichtig, dass wir das vermeintliche Phänomen „Male-Loneliness-Epidemic“ kritisch betrachten. Denn natürlich ist es wichtig, Einsamkeit als gesellschaftliches Problem zu erkennen und ernst zu nehmen – auch weil es für Betroffene einen hohen psychischen Leidensdruck darstellen kann. Jedoch sollte die Schlussfolgerung aus diesen ernstzunehmenden Problemen nicht die Dämonisierung vom Feminismus und Frauen sein, da dies von dem Kampf gegen patriarchale Gewalt ablenkt und diejenigen als Täterinnen darstellt, die in diesem System eigentlich Betroffene sind. Viel wichtiger ist es, dass Männer, die durch patriarchale Strukturen toxisch-männlich sozialisiert werden, sich im Falle starker Belastung psychische Unterstützung holen, statt sich im Netz zu radikalisieren.

Schlussendlich bleibt natürlich die Frage, ob die „Male-Loneliness-Epidemic“ überhaupt ein Ding ist, oder nur in den Sphären der Sozialen Medien existiert. Denn auch wenn Einsamkeit und fehlende soziale Kontakte besonders bei Männern in den letzten Jahren verstärkt zum Problem geworden sind, kann man dennoch sagen, dass es keine „Epidemie“ als solche ist, denn Epidemien sind wie eine Naturkatastrophe, die einfach passiert und an der man nichts ändern kann. Männer können jedoch sehr wohl etwas an dieser Situation ändern, indem sie endlich Bereitschaft zeigen, in einer Partnerschaft auf Augenhöhe als emotional verfügbarer und vernünftig kommunizierender Partner zu agieren. Sie können ihre Männer-Freundschaften dafür nutzen, auch mal – Schock – über ihre Gefühle zu sprechen und tiefere Verbindungen miteinander einzugehen. Alles ist besser, als sich als Opfer des „radikalen Feminismus“ im Selbstmitleid zu suhlen und in Online-Foren Frauen zu beleidigen.

Ich würde mir wünschen, dass in der Öffentlichkeit genauso viel über Gewalt gegen Frauen geredet wird wie man sich über die männliche Einsamkeit beklagt – auch wenn die „Men-Killing-Women-Epidemic“ nicht so das trending Thema in den Sozialen Medien zu sein scheint.



Soukaina (19) hat keinen Bock mehr, frauenfeindliche Männerpodcasts in den Feed gespült zu bekommen.

TRENNUNG MIT HINDERNISSEN



Die Weihnachtszeit steht kurz vor der Tür, Zeit also sich zuhause bei warmem Tee und mit kuscheliger Decke vor den Fernseher zu setzen und zu gucken, was der Streamingdienst des Vertrauens so bereithält. Ich persönlich gucke allzu gerne die gottlosesten „RomComs“ – abgedroschene Filme, in denen absolut bescheuerte Missverständnisse sich aneinanderreihen, aber am Ende doch irgendwie alles gut wird. Leichte Kost könnte man sagen. Ein oft in diesen Filmen vorkommender Trope ist die ewige On-Off-Beziehung. Diese leidige Erzählung von „die beiden können nicht mit, aber auch nicht ohneinander“. Im Film bietet das zweifelsohne Potential für Lacher, im echten Leben sollte man guten Freund*innen, die sich in einer solchen Situation befinden, aber vielleicht nahelegen, sich davon endlich zu befreien.

Gleiches gilt es der Bundesregierung im Allgemeinen und der SPD im Speziellen beim Ehegattensplitting zu empfehlen. Denn wie in der schlechtesten romantischen Komödie vollzieht sich bei der Frage rund ums Ehegattensplitting seit Jahren ein Hin und Her von Abschaffen, Reformieren und doch lieber sein lassen, wie alles ist. Aber fangen wir von vorne an.

DAS EHEGATTENSPLITTING – PATRIARCHALE FAMILIENVERHÄLTNISSE IN STEUERFORM

Das Ehegattensplitting ist eine steuerliche Möglichkeit, verheiratete Paare zu entlasten. Die komplizierte Methode lässt sich am besten wie folgt zusammenfassen: Angenommen eine Frau verdient 2.000 Euro brutto im Monat und ihr Partner ebenso 2.000 Euro. Sind die beiden verheiratet, bilden sie eine Bedarfsgemeinschaft – das gemeinsam zu versteuernde Einkommen wäre dann 4.000 Euro. Verdient eine von den beiden nun aber nicht 2.000 Euro, sondern 1.000 Euro, liegt das gemeinsam zu versteuernde Einkommen bei 3.000 Euro.

Kompliziert wird es nun, wenn man sich anschaut, wie der Fiskus Einkommen in Deutschland besteuert. Allgemein gilt, dass der Steuersatz bei höherem Einkommen steigt (die Feinheiten lassen wir hier einmal außen vor). Das bedeutet: Wer mehr verdient, soll auch mehr von seinem Einkommen an Steuern abführen. Auch das soweit erstmal logisch und fair, wenn eine einzelne Person ihr Einkommen zu versteuern hat.

Aber bei verheirateten Ehepaaren wird das zu versteuernde Einkommen von beiden zusammengerechnet und dann „gesplittet“. Es entsteht ein fiktiv angenommenes Einkommen pro Person. In unserem Beispiel von zwei Eheleuten, die 2000 Euro und 1000 Euro verdienen, bedeutet das demnach: Für die besser verdienende Person sinkt das zu versteuernde Einkommen auf dem Papier, obwohl ja mehr mit der Lohntüte nach Hause kommt.

DER LÄNGST ÜBERFÄLLIGE ABSCHIED VOM EHEGATTEN-SPLITTING



Nina (28) hat keine Lust mehr auf patriarchale Kackscheiße, weder in der Ehe noch anderswo.

Aber warum ist das ein Problem? Klingt es nicht schön, dass Familien, beziehungsweise verheiratete Paare, steuerlich entlastet werden sollen? Nein. Denn das Prinzip des Ehegattensplittings liefert einen Anreiz, einen möglichst hohen Unterschied zwischen den beiden Einkommen zu haben, um eine möglichst große Steuerersparnis zu haben. Konkret führt das in vielen Fällen dazu, dass das Modell Alleinverdiener angewendet wird. Eine Person verdient Vollzeit ein gutes Gehalt, die andere Person arbeitet lediglich geringverdienend, um die Steuerlast für beide zu drücken.

PATRIARCHALE KACKSCHEISSE IST DAS

Vielleicht hast du dich beim Lesen schon gefragt: Aha, da ist was beim Korrekturlesen durchgerutscht: Nina hat das Wort Alleinverdiener nicht gegendert. Tja, falsch gedacht. Denn das Ehegattensplitting führt eben nicht dazu, dass generell irgendjemand in geringfügiger Beschäftigung bleibt, sondern es führt dazu, dass vorrangig Frauen in heterosexuellen Ehen in geringfügiger Beschäftigung stecken bleiben. Alles im Namen der Ehe und der Steuerersparnis.

Einen ganzen Rattenschwanz an Problemen gibt es gratis obendrauf: Denn wer geringfügig verdient, zahlt weniger in die Rente ein. Wer weniger in die Rente einzahlt, hat ein höheres Risiko für Altersarmut. Und auch das Phänomen der Altersarmut ist vor allem eins: ein weiblich geprägtes.

Das Ehegattensplitting steht nicht einfach nur in der Theorie für veraltete Familienbilder und Rollenvorstellungen – es führt in der Praxis zu Armut und Perspektivlosigkeit bei Frauen. Und es schafft Abhängigkeiten von dem männlichen Alleinverdiener.

ABSCHAFFEN ODER NICHT – DAS IST DOCH KEINE FRAGE!

Als Jusos und auch als SPD haben wir diese patriarchale Dynamik schon längst durchschaut und fordern deshalb seit langer Zeit die Abschaffung des Ehegattensplittings. Nach Jahrzehnten mit sozialdemokratischer Beteiligung in der Bundesregierung fragt man sich jetzt: Warum ist das nicht schon längst passiert?

Die halbe Wahrheit wäre, dass die Konservativen in diesem Land schon immer gegen die Abschaffung des Ehegattensplittings waren und wir leider bisher noch nie die absolute Mehrheit bei der Bundestagswahl gewonnen haben. Die ganze Wahrheit wäre: Offensichtlich müssen wir Jusos noch einiges an Überzeugungsarbeit in der eigenen Partei leisten, um klarzumachen, dass der Beschluss zur Abschaffung endlich umgesetzt werden muss.

Denn während der Ampelregierung schmückte sich die SPD noch damit, das Ehegattensplitting durch eine Einigung im Koalitionsvertrag abzuschaffen. Wer genauer hinschaute, musste aber erkennen: Leider eine billige Lüge. Denn die Ampelregierung und nun wohl auch die schwarz-rote Bundesregierung wollen nur die Aufteilung der Steuerklassen verändern. Ein Unterschied, der monatlich auffällt, am Ende des Jahres aber keinerlei Unterschied macht. Mit den Details dieses steuerlichen Tricks wollen wir uns nun nicht länger aufhalten, relevant bleibt: Entgegen allen möglichen Versprechungen: das Ehegattensplitting bleibt bestehen.

MIT DEM EHEGATTENSPLITTING IST ES WIE MIT EINER ON-OFF-BEZIEHUNG: MANCHMAL IST ES BESSER, EINFACH SCHLUSS ZU MACHEN.



SUNDAY RUNNING CLUBS? SOLIDARITY RUNNING CLUBS!

Eine Horde neonfarben gekleideter Jogger*innen bewegt sich im Takt eines schlechten Blinding-Lights-Remixes die Rheinpromenade entlang. Die energiegeladenen Läufer*innen rufen sich gegenseitig halbgare Motivationsprüche zu, hängen einander ab, nehmen den öffentlichen Raum ein. Meine Freund*innen und ich, die wir doch einfach nur einen Aperol im Anblick des gleichfarbigen Sonnenuntergangs trinken wollten, beobachten das ganze aus halbwegs sicherer Entfernung. Müssen ein bisschen grinsen. Wer im Sommer an den Stadtpromenaden der Republik eine entspannte Zeit verbringen wollte, wurde zuletzt immer häufiger Zeug*in dieser Szene. Doch so muss es nicht sein: Eine Intervention.

Es ist schon wieder Winter. Die Zeit der leichtbekleideten Leichtathlet*innen mit Bluetooth-Lautsprecher auf dem Rücken ist vorbei. Das eher urbane Phänomen der Sunday Running Clubs ruht im Winterschlaf, die Selbstoptimierung vereinzelt sich wieder und die Dunkelheit ist zurück. Wer doch laufen geht, lässt sich auf Bedingungen ein, die bestenfalls ungemütlich sind, schlimmstenfalls gefährlich, insbesondere für FINTA (Frauen, Inter, Nichtbinär, Trans, Agender).

Auf diese Feststellung hin haben sich bereits in vielen großen Städten sogenannte Female Running Clubs gegründet, die in einer großen Gruppe eine sicherere Umgebung beim Laufen schaffen sollen, vor allem abends. Was spricht dagegen? Nichts.

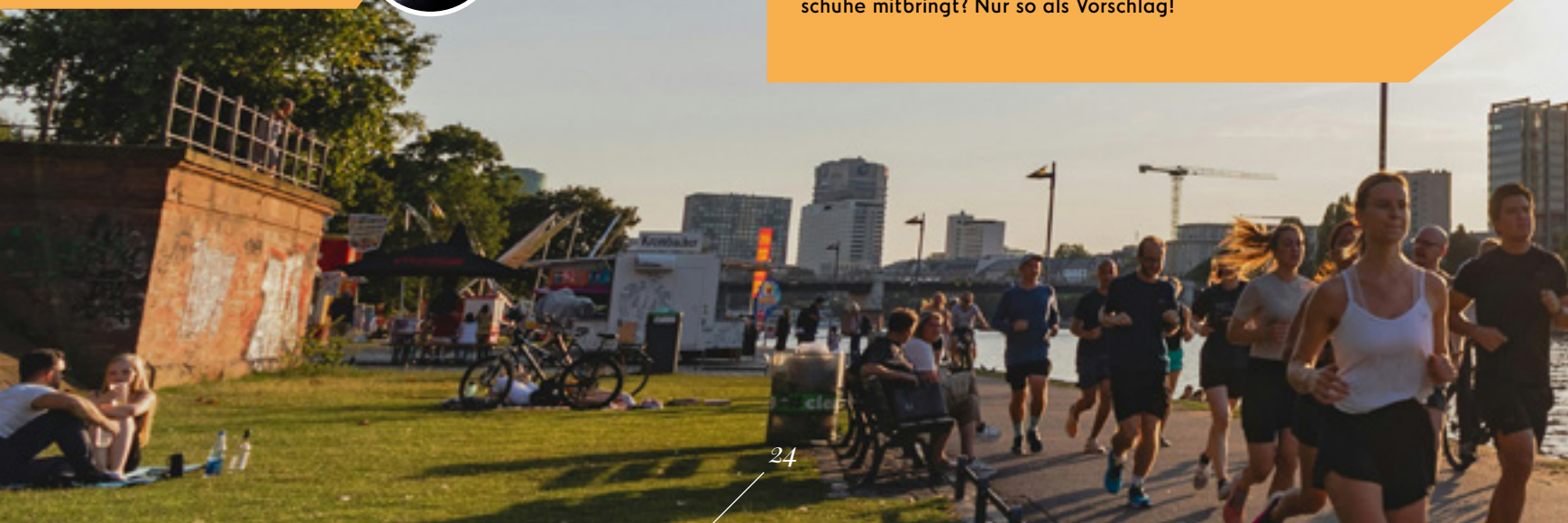
Rasmus (21) kann
seit 2005 laufen.



RUN AUSLAUFMODELL ODER DER RENNER?

Nur lässt sich aus jung-sozialistischer Perspektive sehr gut argumentieren, dass das nicht das Ende der Fahnenstange sein kann. Exklusive FINTA-Running Clubs sind unerlässlich, dürfen aber nicht das einzige Angebot sein, das der neoliberalen Hustle-Culture Einhalt bietet. Deshalb braucht es Solidarity Running Clubs, antidiskriminierend und eine Utopie im Kleinen lebend. Bisher werden solche Zusammenschlüsse eher aus Protestbewegungen gegründet, doch wieso sollten wir sie nicht auch in alltäglichen Strukturen etablieren, in den großen Städten, wie auch auf dem Land?

Auch in unserem Verband könnte das eine schöne Gelegenheit sein, die verbindet und unsere Gemeinschaft stärkt. Versteht mich nicht falsch – auch wenn ich in meiner Zeit im Landesvorstand gemeinsam mit Lisa häufig als "Sport-Lavo" kritisch-solidarisch beäugt wurde, möchte ich gar nicht dafür plädieren, dass wir auf Seminarwochenenden zukünftig alle gemeinsam durch den Hauswald des Salvador-Allende-Hauses rennen. Nach einer kurzen Nacht ist die Motivation schließlich auch schwindend gering, das weiß ich selbst zu gut. Aber wie wäre es mit einer kleinen Abfrage bei der Anmeldung, wer Laufschuhe mitbringt? Nur so als Vorschlag!



Wenn Laufen zum Lifestyle wird – warum der Running-Club-Hype mehr mit Status als mit Sport zu tun hat

Sonntagmorgen, 7 Uhr. Auf den Straßen ist kaum etwas los. Aber da sind Gruppen von Menschen in farblich abgestimmten Outfits, alle mit derselben Flasche, derselben Uhr und demselben Hashtag: #sundayrun. Der Running-Club-Trend ist längst mehr als nur Sport. Er ist zum Statement geworden. Wer läuft, lebt „bewusst“, ist „fokussiert“ und „dankbar“. Und wer nicht mitmacht, hat scheinbar das Leben nicht im Griff.

Joggen, einst die einfachste und günstigste Form von Bewegung, ist zur Selbstinszenierung geworden. Aus ein paar Runden um den Block wurde ein Ganzkörperprojekt. Es geht um Performance, nicht um Puls. Um Ästhetik, nicht um Ausdauer. Laufen ist das neue Statussymbol einer urbanen Mittelschicht, die Selbstoptimierung mit Freiheit verwechselt. Dabei war Sport einmal das, was alle verbindet. Heute zeigt sich daran, wer dazugehört und wer nicht. Die Running-Clubs stehen für eine Blase, in der Freizeit zur Bühne wird. Die richtigen Schuhe, die teure Uhr, der perfekte Sonnenaufgang. Die Bilder sind makellos, der Körper diszipliniert, der Lifestyle sauber. Es ist Bewegung mit Branding.

Diese neue Laufkultur erzählt nicht von Gesundheit, sondern von Kontrolle. Sie feiert Selbstverbesserung als Lebensziel und übersieht dabei, wie viele ausgeschlossen bleiben. Denn wer frühmorgens läuft, braucht Zeit, Energie und Geld. Dinge, die viele nicht haben.

Wer nach einer Nachtschicht nach Hause kommt, steht nicht für Selfies im Park auf. Wer Kinder betreut, macht keine Recovery-Stories. Das Ideal vom „fitten, aktiven Menschen“ ist oft nur für die, die sich Müßiggang leisten können. Dazu kommt die ständige Vermessung: Jeder Schritt wird gezählt, jede Bewegung bewertet. Apps loben, Uhren vergleichen, Social Media applaudiert. Was früher Freiheit war, ist heute Wettbewerb. Bewegung wird zur Disziplin, Erholung zur Challenge. Statt Selbstfürsorge entsteht Selbstkontrolle, freundlich verpackt in Pastellfarben.

Natürlich kann gemeinsames Laufen schön sein. Es schafft Gemeinschaft, Motivation, Routine. Aber die Running-Club-Kultur kippt schnell in eine Show. Der Fokus liegt nicht auf dem Gefühl, sondern auf der Außenwirkung. Statt Atem holen zählt die Ästhetik des Moments. Statt Erschöpfung zeigt man Leichtigkeit. Das echte Schwitzen, die Seitenstiche, die Lust am Scheitern, all das passt nicht in den Feed.

Dieser Trend passt perfekt in eine Zeit, in der alles verwertet werden muss: Arbeit, Freizeit, Körper, Emotionen. Selbst der Sonntag wird produktiv gemacht. Bewegung, die früher Befreiung bedeutete, wird nun Beweis dafür, dass man alles „unter Kontrolle“ hat. Das ist kein Sport mehr, das ist eine Bewerbung für das ideale Leben. Sport sollte aber nicht spalten, sondern verbinden. Er sollte nicht bewerten, sondern befreien. Bewegung ist kein Privileg, sondern ein Grundbedürfnis. Und sie sollte keinem Algorithmus folgen, sondern dem eigenen Tempo.

Der Running-Club-Hype zeigt, wie schnell gute Ideen kippen können. Was als Gemeinschaft beginnt, wird zum Wettbewerb. Was mit Motivation startet, endet in Selbstoptimierung. Die Freude am Laufen geht verloren – übrig bleibt das Bedürfnis, alles richtig zu machen.

Vielleicht ist es Zeit, das wieder zu ändern. Zurück zu dem, was Sport wirklich sein kann: Raum für Kopf und Körper. Ein Ort ohne Bewertung. Ohne Marken, ohne Vergleich. Nicht jeder Lauf muss geteilt werden. Nicht jede Bewegung braucht ein Ziel. Denn am Ende geht es beim Laufen nicht darum, wie es aussieht. Sondern darum, sich zu bewegen – einfach, echt, ohne Publikum.

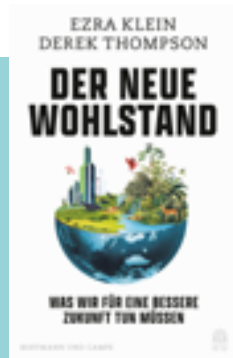


Evin (30) hat nichts gegen Laufen, nur gegen den Kult darum. Wenn Joggen zur Bühne wird und jeder Schritt geteilt werden muss, dann stimmt was nicht. Laufen darf Spaß machen, auch ohne Selfie und Sponsor-Deal.

MINI CLUBS

CONTRAST





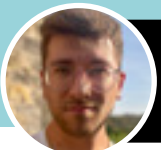
REZENSION BUCH: DER NEUE WOHLSTAND EZRA KLEIN & DEREK THOMPSON HOFFMANN UND CAMPE

Weniger Feiertage. Weniger Sozialstaat. Weniger Arztbesuche. Der politische Zeitgeist sagt: Wir sollen den Gürtel enger schnallen. Es scheint, als fälle uns nach Jahrzehnten des Fortschritts plötzlich nichts Besseres als der kollektive Verzicht ein.

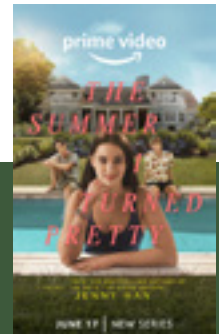
Die Autoren von Der neue Wohlstand (Originaltitel: Abundance), Ezra Klein und Derek Thompson, setzen dieser Verknappungsrhetorik eine Vision des Überflusses entgegen. Sie sagen: Wir verstehen die Probleme unserer Zeit so gut wie nie zuvor, sind aber miserabel darin geworden, sie zu lösen. Mit besten Absichten ist über Jahrzehnte ein Dickicht aus Vorschriften und Verfahren entstanden, das Zukunftsgestaltung lähmt. Wir kennen das aus NRW: Stellplatzverordnungen und endlose Genehmigungen blockieren den dringend nötigen Wohnungsbau.

Die Autoren fordern eine Neudefinition der progressiven Mission: Statt nur die Verteilung knapper Ressourcen zu verwalten, muss der Fokus weniger auf Verfahren und stärker auf Ergebnissen liegen. Es geht nicht darum, ob jedes Formular korrekt ausgefüllt ist, sondern wie viele bezahlbare Wohnungen am Ende gebaut wurden.

Ein zentrales Buch für eine Sozialdemokratie, die wieder gestalten statt verwalten will und das zahlreiche Denkansätze für ein neues Grundsatzprogramm liefert.



Jan Walsken (29) ist Postdoc an der Uni Köln und will endlich bezahlbaren Wohnraum.



REZENSION SERIE: THE SUMMER I TURNED PRETTY AMAZON STUDIOS

„The Summer I Turned Pretty“ verführt mit weichen Farben, Strandlicht und Nostalgie und lässt uns gleichzeitig mit der Frage zurück, warum Erwachsenwerden für Mädchen oft bedeutet, sich an Männer zu verlieren. In der letzten Staffel taumelt Belly zwischen Conrad und Jeremiah, zwei Brüdern, zwei Versionen des Begehrten. Und während das halbe Internet Team Conrad ist (ich auch, guilty), bleibt ein bitterer Beigeschmack: Belly definiert sich fast ausschließlich durch die Blicke der Männer um sie herum.

Was als Coming-of-Age-Geschichte beginnt, kippt immer wieder in ein Drama um männliche Anerkennung. Belly darf fühlen, lieben, leiden, aber selten entscheiden. Ihre Reife misst sich an den Männern, die sie verliert oder gewinnt. Das ist erzählerisch romantisch, aber politisch müde.

Trotzdem liegt in Bellys Unbeholfenheit auch eine Ehrlichkeit: Sie spiegelt, wie schwer es bleibt, sich als junge Frau selbst zu behaupten, wenn jede Emotion bewertet wird. Zwischen Team Conrad und Team Jeremiah sollte es eigentlich ein drittes Team geben - Team Belly. Nur müsste sie dafür endlich selbst im Mittelpunkt ihrer Geschichte stehen.



Evin (30) mag Coming-of-Age-Stories, will aber Serien sehen, in denen junge Frauen nicht zwischen zwei Männern wählen müssen, sondern zwischen all den Möglichkeiten, die sie selbst haben.

Impressum:

Herausgeber:
Jusos in der SPD
SPD Landesverband
Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 12
40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 136 22 325
Web: www.nrwjusos.de
E-Mail: info@nrwjusos.de
Instagram: @nrwjusos
TikTok: @nrwjusos
Telegram: t.me/nrwjusos

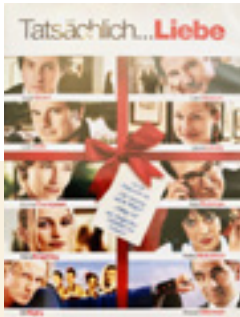
Redaktion:
Joris Niggemeier (V.i.S.d.P.),
Aylin Genc, Michelle Gnatzy,
Jonas Kamrath, Evin Kina, Maximilian
Lykissas, Leander Bröcker.

Grafik: Pascal Skwara | skwara.de
Druck: Druckhaus Kruse
Auflage: 12.000
Erscheint dreimal im Jahr

Bildnachweis:
Autor*innenbilder & allgemeines Layout: Pascal Skwara. P04/05: Ruth D on unsplash. P06/07: Ausstellung #GernGeschehen / Landesjugendring NRW, Germanwatch, MSJO, Klasohm. P10/11: Jusos Gelsenkirchen, Jusos Dinslaken, Jusos Mönchengladbach, Jusos Soest. P12/13: Nagarjun Kogaravalli Sathyanarayana on unsplash. P16: Touko Aikionemi on unsplash. P17: NRW Jusos & Emanuel Neumann. P18/19: Jin Jiyun Azadi by BtoY, Schwendergasse, Vienna | Herzi Pinki on Wikimedia Commons (CC BY-SA 4.0). P20/21: Sasha Freemind on unsplash. P24/25: Joshua Tsu on unsplash. P26: Hoffmann und Campe; Amazon Studios. P27: Universal Pictures; Season of Mist Records.

GEFÖRDERT DURCH:
Ministerium für Kinder, Jugend, Familien,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen





REZENSION FILM:

TATSÄCHLICH LIEBE UNIVERSAL PICTURES

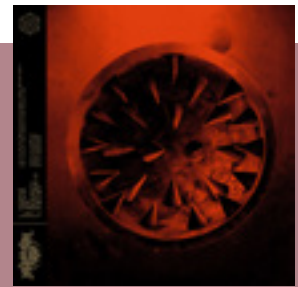
Spätestens seit November ist (endlich) wieder Weihnachtszeit. Das bedeutet neben Einkaufsstress, Weihnachtsmärkten und Juso-Weihnachtspartys vor allem auch eins: Zeit für Weihnachtsfilme! Zu den Klassikern gehört hierbei „Tatsächlich Liebe“, welcher von zehn verschiedenen Geschichten der Liebe vor Weihnachten erzählt. Von dem Premierminister und seine Angestellten bis zu der platonischen Liebe eines Rockstars und seinen Managers – es dreht sich einfach alles um (skurrile) Liebe. Der Film ist für viele, mich lange Zeit eingeschlossen, einfach Teil der Weihnachtszeit.

Dabei muss man nicht lange überlegen, um feministische Kritik an diesem Weihnachtsklassiker äußern zu können. So vermittelt er unter anderem ein romantisierendes Bild von patriarchalen Machthierarchien, reduziert und sexualisiert Frauen als Objekt männlicher Begierde und vertritt ein Bild von Körpern, das als nichts anderes als Bodyshaming zu verstehen ist. Ganz besonders fatal: Frauen werden auf ihre Beziehung zu Männern reduziert, während die Identität der männlichen Protagonisten nicht ausschließlich auf ihrer Beziehung zu Frauen basiert.

„Tatsächlich Liebe“ vertritt ein Bild von Liebe, das von patriarchalen misogynen Mustern geprägt ist. Wenn Hugh Grant in den ersten Szenen des Filmes also die Behauptung in den Raum stellt, „Wenn man danach sucht, habe ich so ein Gefühl, dass man feststellen wird, dass Liebe tatsächlich überall ist.“, dann müssen wir uns fragen, ob es tatsächlich eine solche Liebe sein soll, die ein Film aufzeichnet, oder ob es eine feministische Gegen Erzählung braucht.



Johanna (23) macht sich in dieser Weihnachtszeit nun auf die Suche nach neuen Klassikern!



REZENSION ALBUM:

DER WEG EINER FREIHEIT (2025) INNERN / SEASON OF MIST RECORDS

Stell dir vor, du öffnest die Tür zu einer Therapiestunde. Nur ist dein Therapeut gerade im Urlaub und stattdessen stehen vier langhaarige Soziologiestunden aus Würzburg mit Gitarre, Bass und einem Schlagzeug im Raum.

Vielleicht nicht das, was du dir erhofft hast, aber genau das, was man am Ende des Jahres braucht. „Innern“ kommt schon mit den Albumtitel zum Punkt: Es geht um die Introspektive, um das, was ein menschliches Leben ausmacht: Trauer, Schmerz und die innere Zerbrechlichkeit. Aber auch das was wir daraus gewinnen: die Kraft, weiterzumachen und zu kämpfen.

Musikalisch ist es Black Metal, aber nicht das, was man sich unter dem klischeebehafteten Genre vorstellen würde. Neben der Soundwand aus Gitarren und Drums sind genauso viele langsame, fast ruhige Momente im Album, die die innere Zerrissenheit und die Transformation von Schmerz in Hoffnung unterstreichen. Besonders auffällig wird das Konzept des Albums im Laufe der Songs. Während „Marter“ als Titeltrack dich direkt mit einer monumentalen Soundwand konfrontiert und immer intensiver wird, nimmt dich jeder darauffolgende Song in eine neue Welt mit, Höhen treffen Tiefen, wie auf „Fragment“, wo sich das übliche Schreien mit klarem Gesang abwechselt.

Der Gründer der Band Nikita Kamprad sagt in einem Interview, dass die momentane Weltlage massiv die Entstehung des Albums beeinflusst hat: immer mehr und dynamischere Krisen, der Aufstieg von Faschist*innen wie der AfD und das Gefühl, bei der ganzen Unruhe nicht mehr den Mund aufmachen zu können, weil man nie Zeit hat, über die eigenen Gefühle nachzudenken. Und das schafft das Album mehr als einmal.

Also setz dich am besten abends mit Kopfhörern auf die Couch und lass dich auf diese Erfahrung ein, denn Nikita trifft es ganz richtig: „Die Fähigkeit, seinen Mund aufzumachen und an das zu glauben, was man für richtig hält, sollten wir uns nicht nehmen lassen.“



Maxi (26) hält bei den NRW Jusos die härtere Gitarrenmusik hoch – und den Glauben an weniger harte Zeiten!

SUCHSEL

Wer sucht, der findet! Auf dieser Seite – waagrecht, senkrecht und vertikal – sind ganze 30 Begriffe, die das Leben in unserem Verband prägen und die für uns eine wichtige Rolle spielen. Findest du alle?

N	G	T	U	E	R	Z	U	T	U	E	R	I	Z	R	D
H	S	V	M	O	F	E	A	K	N	X	I	R	M	D	L
K	C	G	P	V	E	W	F	Q	E	H	Q	H	C	Y	S
B	O	C	H	U	M	F	T	X	D	T	I	E	J	Q	D
L	E	H	D	E	I	H	S	J	B	H	N	A	H	I	H
A	C	Z	L	W	N	A	V	W	U	P	T	U	B	K	V
U	Q	L	F	E	I	N	D	H	W	O	E	Y	E	I	Q
T	U	O	D	R	S	T	E	I	G	E	R	L	I	E	D
D	U	G	O	X	M	I	M	I	P	M	N	F	V	T	Q
U	X	U	Y	Q	U	R	O	R	D	G	A	S	S	T	Z
K	B	B	L	M	S	A	R	B	E	I	T	S	P	D	N
H	J	A	U	I	R	X	L	A	K	O	I	M	J	R	H
I	O	S	S	K	N	N	U	T	A	Z	O	F	G	N	E
B	S	B	Z	I	O	K	Z	F	R	E	N	S	G	D	A
L	O	O	P	K	S	V	S	G	D	I	A	E	T	D	N
R	Z	Y	L	N	E	U	M	I	T	G	L	I	E	D	T
O	I	Y	A	I	D	X	V	M	N	K	E	U	P	L	I
T	A	Y	K	Y	D	M	J	U	N	G	Q	X	F	J	F
U	L	W	A	R	N	A	J	N	Y	R	E	I	T	U	A
X	I	D	T	Y	I	O	R	O	A	J	W	N	I	G	U
C	S	F	I	S	B	T	P	I	K	J	Z	S	S	E	R
I	M	S	E	C	C	B	I	V	T	T	M	B	P	N	A
B	U	W	R	Q	C	S	F	S	N	A	X	B	A	D	J
F	S	E	E	S	A	G	L	K	C	C	E	F	S	S	P
C	M	X	N	N	S	P	M	Z	W	H	K	T	S	F	U